

**Harmonisierte Vergabevorschriften für
langfristige Übertragungsrechte gemäß Artikel
51 der Verordnung (EU) 2016/1719 der
Kommission vom 26. September 2016 zur
Festlegung einer Leitlinie für die Vergabe
langfristiger Kapazität**

Präambel

- (1) Dieses Dokument legt die harmonisierten Vergabevorschriften für langfristige Übertragungsrechte (nachfolgend „**HAR**“ genannt) gemäß Artikel 51 der Verordnung (EU) 2016/1719 der Kommission zur Festlegung einer Leitlinie für die Vergabe langfristiger Kapazität (nachfolgend „**FCA-Verordnung**“ genannt) fest.
- (2) Die HAR berücksichtigen die Bestimmungen zu den allgemeinen Grundsätzen der Verordnung (EG) 714/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel (nachfolgend „**Verordnung (EG) 714/2009**“ genannt).
- (3) Die HAR berücksichtigen die in der FCA-Verordnung definierten allgemeinen Grundsätze, Ziele und anderen Methoden. Das Ziel der FCA-Verordnung besteht in der Koordination und Harmonisierung der Berechnung und Vergabe von Kapazität in den Märkten für langfristige Übertragungsrechte, und die Verordnung definiert die Anforderungen an die ÜNB zur Zusammenarbeit auf europaweiter Ebene, in den Kapazitätsberechnungsregionen (nachfolgend „**CCR**“ genannt) sowie Gebotszonengrenzen übergreifend.
- (4) Gemäß Artikel 52 Absatz 2 der FCA-Verordnung sollten die HAR mindestens harmonisierte Begriffsbestimmungen und den harmonisierten Anwendungsbereich sowie eine Beschreibung des Vergabeprozesses/-verfahrens für langfristige Übertragungsrechte enthalten, was Mindestanforderungen für die Teilnahme, finanzielle Fragen, die Art der bei expliziten Auktionen angebotenen Produkte, Nominierungsvorschriften, Vorschriften für Kürzungen und Ausgleichszahlungen, Vorschriften für Marktteilnehmer, die ihre langfristigen Übertragungsrechte übertragen, den „use-it-or-sell-it“-Grundsatz sowie Vorschriften für höhere Gewalt und Haftung einschließt. Die HAR sollten außerdem einen vertraglichen Rahmen für Vereinbarungen zwischen der zentralen Vergabeplattform und Marktteilnehmern enthalten.
- (5) Im Einklang mit Artikel 52 Absatz 3 der FCA-Verordnung können die HAR zudem regional- oder gebotszonengrenzenspezifische Anforderungen enthalten, insbesondere (aber nicht ausschließlich) für die Beschreibung der Arten langfristiger Übertragungsrechte, die an jeder Gebotszonengrenze innerhalb der CCR angeboten werden, die Art der Vergütungsregelung für langfristige Übertragungsrechte, die an jeder Gebotszonengrenze innerhalb der Kapazitätsberechnungsregion entsprechend der Vergabe für den Day-Ahead-Zeitbereich angewendet werden soll, die Anwendung alternativer koordinierter regionaler Auswechlösungen und die regionalen Ausgleichsvorschriften zur Festlegung regionaler Verbindlichkeitsregelungen. Diese spezifischen Anforderungen werden ausführlich in den jeweiligen Anhängen der HAR für die betreffenden Regionen oder Gebotszonengrenzen dargelegt, die von den zuständigen nationalen Regulierungsbehörden (nachfolgend „**NRA**“ genannt) genehmigt werden sollten.
- (6) Das vorliegende Dokument enthält somit die Bestimmungen der HAR, die an den Gebotszonengrenzen der EU anzuwenden sind, sofern die zuständigen Regulierungsbehörden gemäß Artikel 30 der FCA-Verordnung nichts Anderes festlegen.
- (7) Die HAR tragen allgemein zum Erreichen der Ziele gemäß Artikel 3 der FCA-Verordnung bei. Insbesondere dienen die HAR dem Ziel der Förderung eines effektiven langfristigen zonenübergreifenden Handels mit langfristigen zonenübergreifenden Absicherungsmöglichkeiten für die Marktteilnehmer, da die Harmonisierung sämtlicher relevanter Vorschriften die Schaffung von

europaweiter Wettbewerbsgleichheit erleichtern wird. Derzeit gelten in der EU eine Vielzahl von Vergabevorschriften, die auf der Grundlage der HAR zusammengeführt und von der zentralen Vergabeplattform umgesetzt werden sollten.

- (8) Das Ziel der Optimierung der Vergabe langfristiger zonenübergreifender Kapazität wird mit den HAR erreicht, insbesondere weil die harmonisierten Vorschriften die Handelstätigkeiten für langfristige Produkte über europäische Grenzen hinweg vereinfachen werden.
- (9) Ferner tragent die HAR zum Ziel der Bereitstellung eines diskriminierungsfreien Zugangs zu langfristiger zonenübergreifender Kapazität bei, indem der Prozess der Teilnahme an langfristigen Auktionen (bzw. die Übertragung dieses Rechts) harmonisiert wird. Zu diesem Zweck beschreiben die HAR die Teilnahmevereinbarung, wie sie von allen interessierten Parteien zu unterzeichnen ist. Diese Vereinbarung erlaubt auch den Zugang zu den Auktionstools der zentralen Vergabeplattform.
- (10) Darüber hinaus gewährleisten die HAR eine faire und diskriminierungsfreie Behandlung aller betroffenen Parteien, weil die definierten Regeln von allen Parteien angewendet werden müssen. Ferner gewährleisten die HAR die Transparenz von Informationen zu den Auktionen zur Vergabe langfristiger Übertragungsrechte.
- (11) Zudem bieten die HAR ein Regelwerk, das die Notwendigkeit einer fairen und geordneten Vergabe langfristiger Kapazität sowie einer fairen und geordneten Preisbildung berücksichtigt, indem harmonisierte Vergabevorschriften vorgesehen sind, die auf einem zentralen Kapazitätsvergabealgorithmus basierend auf dem Prinzip der Merit-Order bei der Vergabe gründen.
- (12) Hinsichtlich des Ziels der Transparenz und der Zuverlässigkeit von Informationen zur Vergabe langfristiger Kapazität definieren die HAR, welche Informationen von der zentralen Vergabeplattform zentral zu veröffentlichen sind und welche Informationen als vertraulich zu betrachten sind.
- (13) Ferner leisten die HAR einen Beitrag zum effizienten langfristigen Betrieb und zum Ausbau des Übertragungsnetzes und Stromsektors in der Union, da sie die Vergabe von langfristiger Kapazität optimieren und damit effizient auf Engpässe an allen EU-Grenzen eingehen.
- (14) Zusammenfassend fördern die HAR die allgemeinen Zielsetzungen der FCA-Verordnung zum Wohl aller Marktteilnehmer und Stromendverbraucher.

KAPITEL 1

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Zweck und Anwendungsbereich

Die vorliegenden Vergabevorschriften, einschließlich der zugehörigen regional- und/oder grenzspezifischen Anhänge, enthalten die Bestimmungen und Bedingungen für die Vergabe von langfristigen Übertragungsrechten an den Gebotszonengrenzen der Europäischen Union wobei davon auszugehen ist, dass der Registrierte Teilnehmer diesen Vorschriften durch Unterzeichnung der Teilnahmevereinbarung beitreten wird. Insbesondere definieren die Vergabevorschriften die Rechte und Pflichten der Registrierten Teilnehmer sowie die Anforderungen für die Teilnahme an Auktionen, und sie beschreiben den Auktionsprozess, einschließlich der Bestimmungen für die Festlegung eines Grenzpreises infolge einer Auktion; ferner definieren die Vergabevorschriften die Bedingungen für die Übertragung und Rückgabe von langfristigen Übertragungsrechten, die Bestimmungen für die Vergütung der Inhaber von zurückgegebenen langfristigen Übertragungsrechten sowie die Bestimmungen für die Prozesse für die Kürzung von langfristigen Übertragungsrechten und die Rechnungstellungs- und Zahlungsbedingungen.

Die Auktionen und die Übertragung langfristiger Übertragungsrechte beziehen sich ausschließlich auf zonenübergreifende Kapazität und Registrierte Teilnehmer können sich im Zusammenhang mit den an sie vergebenen langfristigen Übertragungsrechten nicht auf andere als die ihnen gemäß den Bestimmungen dieser Vergabevorschriften übertragenen Rechte berufen.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen und Auslegung

1. Für groß geschriebene Begriffe in diesen Vergabevorschriften gelten die Begriffsbestimmungen des Artikels 2 der Verordnung (EG) Nr. 714/2009, des Artikels 2 der Verordnung (EU) Nr. 543/2013, des Artikels 2 der Verordnung (EU) 2015/1222, des Artikels 2 der Richtlinie 2009/72/EG und der Verordnung (EU) 2016/1719.
2. Zusätzlich gelten folgende Begriffsbestimmungen:

Verbundenes Unternehmen bezeichnet in Bezug auf eine Person eine andere Person, unter deren unmittelbarer oder mittelbarer Kontrolle die Person steht, die unter der Kontrolle der Person steht oder die zusammen mit der Person unter unmittelbarer oder mittelbarer Kontrolle steht, wobei Kontrolle im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen definiert ist.

Vergabeplattform bezeichnet entweder den/die zuständigen ÜNB an der/den betreffenden Gebotszonengrenze(n) oder eine von diesem/diesen ernannte und beauftragte oder gemäß nationalen Vorschriften nominierte juristische Person, die im Auftrag des/der ÜNB und in eigenem Namen auftritt und die eine zentrale Vergabeplattform oder regionale Plattform(en) für die Vergabe von langfristiger zonenübergreifender Kapazität im Rahmen von Auktionen im Sinne der Definition in der Teilnahmevereinbarung ist.

Vergabevorschriften bezeichnet die von der/den Vergabeplattform(en) angewandten Vorschriften für die Vergabe langfristiger Kapazität.

Auktionstool bezeichnet das Informationstechnologiesystem, das die Vergabeplattform nutzt, um Auktionen durchzuführen und andere Verfahren im Sinne dieser Vergabevorschriften, darunter die Übertragung oder die Rückgabe von langfristigen Übertragungsrechten, zu erleichtern.

Auktionsspezifikation bezeichnet eine Liste spezifischer Merkmale einer bestimmten Auktion, einschließlich der Art der angebotenen Produkte und der relevanten Daten.

Bankgarantie bezeichnet eine(n) bedingungslose(n) und unwiderrufliche(n) Kreditgarantie oder Garantiebrieft von einer Bank.

Gebot bezeichnet eine Gebotsmenge und einen Gebotspreis, wie sie von einem Registrierten Teilnehmer im Rahmen einer Auktion geboten werden.

Gebotspreis bezeichnet den Preis, den ein Registrierter Teilnehmer für ein (1) MW und eine (1) Stunde langfristiger Übertragungsrechte zu zahlen bereit ist.

Gebotsmenge bezeichnet die Menge langfristiger Übertragungsrechte in MW, die von einem Registrierten Teilnehmer beantragt wird.

Gebotsfrist bezeichnet den Zeitraum, in dem die Registrierten Teilnehmer, die an einer Auktion teilnehmen möchten, ihre Gebote einreichen können.

Geschäftskonto bezeichnet ein gesondertes Einlagenkonto, das bei einem von der Vergabeplattform ausgewählten Finanzinstitut auf Namen der Vergabeplattform oder nach Wahl der Vergabeplattform vom Registrierten Teilnehmer unter Angabe der Vergabeplattform als Begünstigtem der Bareinlage eröffnet wird und das für Zahlungen des Registrierten Teilnehmers genutzt werden kann.

Kreditlimit bezeichnet die Höhe der Sicherheiten, die für die Deckung von Gebotsabgaben in zukünftigen Auktionen verwendet werden können, aber nicht für ausstehende Zahlungspflichten genutzt werden.

EIC-Code bezeichnet den Energieidentifizierungscode von ENTSO-E, mit dem Parteien im grenzüberschreitenden Handel identifiziert werden.

Finanzielles Übertragungsrecht Option bezeichnet ein Recht, das seinen Inhaber berechtigt, eine finanzielle Vergütung auf Grundlage der Day-Ahead-Vergabeergebnisse zwischen zwei Gebotszonen während eines bestimmten Zeitraums in eine bestimmte Richtung zu beziehen.

Finanzielles Übertragungsrecht Obligation bezeichnet ein Recht, das seinen Inhaber berechtigt oder seinen Inhaber verpflichtet, eine finanzielle Vergütung auf Grundlage der Day-Ahead-Vergabeergebnisse zwischen zwei Gebotszonen während eines bestimmten Zeitraums in eine bestimmte Richtung zu beziehen bzw. zu zahlen.

Höhere Gewalt bezeichnet alle unvorhersehbaren oder ungewöhnlichen Ereignisse oder Situationen, die sich der angemessenen Kontrolle einer Partei und/oder der betreffenden ÜNB entziehen und nicht auf ein Verschulden der Partei und/oder der betreffenden ÜNB zurückgehen, die nicht durch angemessene Vorsorge- oder Sorgfaltsmaßnahmen vermieden oder überwunden werden können, die nicht durch für die Partei und/oder die betreffenden ÜNB technisch, finanziell oder wirtschaftlich angemessene Maßnahmen behoben werden können, die tatsächlich eingetreten und objektiv verifizierbar sind und die es der Partei und/oder den betreffenden ÜNB vorübergehend oder dauerhaft unmöglich machen, ihrer bzw. ihren Verpflichtungen nachzukommen;

Vorschriften für das Informationssystem bezeichnet die Bestimmungen und Bedingungen für den Zugang zu und die Nutzung von dem Auktionstool seitens des Registrierten Teilnehmers, wie auf der Website der Vergabeplattform veröffentlicht.

Interkonnektor bezeichnet den Interkonnektor gemäß der Definition in Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 714/2009.

Grenzpreis bezeichnet den bei einer bestimmten Auktion festgelegten Preis, der von allen Registrierten Teilnehmern pro MW und Stunde des gewährten langfristigen Übertragungsrechts zu zahlen ist.

Teilnahmevereinbarung bezeichnet die Vereinbarung, durch die sich die Parteien zur Einhaltung der Bestimmungen und Bedingungen für die zonenübergreifende Kapazitätsvergabe gemäß diesen Vergabevorschriften verpflichten.

Partei/Parteien bezeichnet die Vergabepattform und/oder einen Registrierten Teilnehmer, die einzeln jeweils als Partei und gemeinsam als Parteien bezeichnet werden.

Physikalisches Übertragungsrecht bezeichnet ein Recht, das seinen Inhaber berechtigt, elektrischen Strom in einer bestimmten Menge während eines bestimmten Zeitraums zwischen zwei Gebotszonen in eine bestimmte Richtung physisch zu übertragen.

Produktphase bezeichnet die Uhrzeit und das Datum, zu der/an dem das Recht zur Nutzung des langfristigen Übertragungsrechts beginnt, sowie die Uhrzeit und das Datum, zu der/an dem das Recht zur Nutzung des langfristigen Übertragungsrechts endet.

Reduzierungsphase bezeichnet einen Zeitraum, d. h. konkrete Kalendertage und/oder Stunden innerhalb der Produktphase, in dem unter Berücksichtigung einer vorhersehbaren spezifischen Netzsituation (z. B. geplante Instandhaltungsarbeiten, langfristige Ausfallzeiten) zonenübergreifende Kapazität mit reduzierter MW-Menge angeboten wird.

Registrierter Teilnehmer bezeichnet einen Marktteilnehmer, der eine Teilnahmevereinbarung mit der Vergabepattform geschlossen hat.

Rechtedokument bezeichnet ein Dokument, das Informationen zur Menge der vergebenen Physikalischen Übertragungsrechte, die von einem Marktteilnehmer pro Gebotszonengrenze pro Tag, Stunde und Richtung höchstens nominiert werden können, oder zur Menge der höchstens für die finanzielle Vergütung berücksichtigten Finanziellen Übertragungsrechte enthält, wobei die Zahl der ursprünglich erworbenen langfristigen Übertragungsrechte, die anschließenden Übertragungen und Rückgaben sowie etwaige Kürzungen, die sich vor der Herausgabe des Rechtedokuments ereignet haben, berücksichtigt werden.

Arbeitstag bezeichnet die Kalendertage von Montag bis Freitag, ausgenommen gesetzliche Feiertage, wie auf der Website der Vergabepattform angegeben.

Arbeitszeit bezeichnet die Stunden an Arbeitstagen wie in der Teilnahmevereinbarung angegeben.

3. Für diese Vergabevorschriften einschließlich ihrer Anhänge gilt, sofern aus dem Kontext nichts Anderweitiges hervorgeht, Folgendes:
 - (a) Jeder Verweis auf den Begriff Gebotszonengrenze kann alle Interkonnektoren zusammen oder für die Anwendung von Obergrenzen für Ausgleichszahlungen im Sinne der Artikel 59 Absatz 2 oder Artikel 59 Absatz 3 dieser Vergabevorschriften lediglich einen Interkonnektor oder eine Teilmenge von Interkonnektoren an der betreffenden Gebotszonengrenze umfassen;
 - (b) Der Singular schließt den Plural mit ein und umgekehrt;
 - (c) Verweise auf ein Geschlecht schließen das andere Geschlecht mit ein;
 - (d) Das Inhaltsverzeichnis, die Überschriften und die Beispiele dienen lediglich der Orientierung und haben keinerlei Auswirkung auf die Auslegung der Vergabevorschriften;
 - (e) Der Begriff „einschließlich“ und seine Varianten sind ohne Einschränkung auszulegen;
 - (f) Jeder Verweis auf gesetzliche oder verordnungsrechtliche Regelungen, Direktiven, Anordnungen, Urkunden, Gesetze oder andere Rechtsakte umfasst jede Änderung, Erweiterung oder Wiederinkraftsetzung derselben, solange diese anwendbar sind;

- (g) Jeder Verweis auf eine andere Vereinbarung, ein anderes Dokument, eine Urkunde oder ein anderes Instrument ist als Verweis auf dasselbe bzw. dieselbe sowie etwaige von Zeit zu Zeit diesbezüglich vorgenommene Anpassungen, Änderungen, Ergänzungen, Ersetzungen oder Erneuerungen auszulegen;
- (h) Jeder Verweis auf eine Uhrzeit bezieht sich, sofern nicht anderweitig angegeben, auf MEZ/MESZ;
- (i) Sofern die Vergabeplattform zur Veröffentlichung von Informationen im Rahmen dieser Vergabevorschriften verpflichtet ist, tut sie dies durch Bereitstellung der Informationen oder Daten auf ihrer Website und/oder über das Auktionstool; und
- (j) Jeder Verweis auf den Begriff finanzielle Übertragungsrechte bezieht sich sowohl auf finanzielle Übertragungsrechte Optionen als auch auf finanzielle Übertragungsrechte Obligationen.

Artikel 3 **Vergabeplattform**

1. Die Vergabeplattform übernimmt die Vergabefunktionen in Übereinstimmung mit diesen Vergabevorschriften sowie in Übereinstimmung mit dem anwendbaren EU-Recht.
2. Zu den Zwecken dieser Vergabevorschriften ist die Vergabeplattform die Partei, die die Teilnahmevereinbarung mit dem Registrierten Teilnehmer unterzeichnet.
3. Zum Zwecke der Teilnahmevereinbarung mit dem Registrierten Teilnehmer veröffentlicht die Vergabeplattform eine konsolidierte Fassung dieser Vergabevorschriften einschließlich der Anhänge, wie sie gemäß den anwendbaren nationalen Regulierungsvorschriften in Kraft treten. Im Falle von Widersprüchen zwischen der von der Vergabeplattform veröffentlichten konsolidierten Fassung und den Vergabevorschriften einschließlich der Anhänge, wie sie gemäß den anwendbaren nationalen Regulierungsvorschriften in Kraft treten, sind Letztere maßgeblich.

Artikel 4 **Regionale Spezifikationen**

1. Regionale oder grenzspezifische Bestimmungen können für eine oder mehrere Gebotszonengrenze(n) eingeführt werden. Solche regionalen oder grenzspezifischen Bestimmungen treten gemäß den anwendbaren Regulierungsvorschriften in Kraft und sind diesen Vergabevorschriften als Anhänge beizufügen. Für den Fall, dass Anhänge aufgrund eines entsprechenden Beschlusses der zuständigen nationalen Regulierungsbehörden geändert werden müssen, gilt Artikel 68.
2. Im Falle von Widersprüchen zwischen den Bestimmungen des Hauptteils dieser Vergabevorschriften und den Bestimmungen der regionalen oder grenzspezifischen Anhänge sind die Bestimmungen der Anhänge maßgeblich.
3. ÜNB können solche spezifischen Bestimmungen für Regionen oder Gebotszonengrenzen zu folgenden, aber nicht ausschließlich zu folgenden Zwecken vorschlagen:
 - (a) Beschreibung der Art der langfristigen Übertragungsrechte, die an jeder Gebotszonengrenze innerhalb der Kapazitätsberechnungsregion angeboten werden;
 - (b) Art der Vergütungsregelung für langfristige Übertragungsrechte, die an jeder Gebotszonengrenze innerhalb der Kapazitätsberechnungsregion entsprechend der Vergabe

für den Day-Ahead-Zeitbereich in Abweichung von den Vorschriften in KAPITEL 7 dieser Vergabevorschriften angewendet werden soll;

- (c) Anwendung alternativer koordinierter regionaler Ausweichverfahren in Abweichung von oder in Ergänzung zu den Vorschriften in KAPITEL 8 dieser Vergabevorschriften;
- (d) Ausgleichsvorschriften zur Festlegung regionaler oder grenzspezifischer Verbindlichkeitsregelungen gemäß Artikel 55 der Verordnung (EU) 2016/1719.

Artikel 5

Datum des Inkrafttretens und Anwendbarkeit

1. Die vorliegenden Vergabevorschriften treten gemäß den anwendbaren nationalen Regulierungsvorschriften und am von der Vergabeplattform bekannt gegebenen Datum in Kraft.
2. Diese Vergabevorschriften finden Anwendung auf die Kapazitätsvergabe für langfristige Übertragungsrechte im Lieferzeitraum, der von der Vergabeplattform auf deren Website mit Inkrafttreten dieser Vergabevorschriften anzugeben ist, wobei davon auszugehen ist, dass der angegebene Lieferzeitraum am 1. Januar des auf die Genehmigung dieser Vergabevorschriften gemäß Artikel 4 der FCA-Verordnung folgenden Jahres beginnt.
3. Sofern nicht anderweitig in einem oder mehreren der regionalen oder grenzspezifischen Anhänge niedergelegt oder anderweitig durch geltendes Recht vorgesehen, finden diese Vergabevorschriften Anwendung auf sämtliche Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit langfristigen Übertragungsrechten, die vor dem Inkrafttreten dieser Vergabevorschriften erworben wurden, deren Lieferdatum aber nach dem 1. Januar des auf der Website der Vergabeplattform gemäß Absatz 2 dieses Artikel angegebenen Jahres liegt.

KAPITEL 2
Anforderungen und Verfahren für die Teilnahme an Auktionen und Übertragungen

Artikel 6
Allgemeine Bestimmungen

1. Marktteilnehmer können langfristige Übertragungsrechte ausschließlich über die Teilnahme an Auktionen und/oder durch Übertragung erwerben.
2. Voraussetzungen für die Teilnahme sowohl an Auktionen als auch an Übertragungen sind, dass der Marktteilnehmer:
 - (a) eine gültige und wirksame Teilnahmevereinbarung in Übereinstimmung mit Artikel 7 bis Artikel 15 geschlossen hat; und
 - (a) Zugang zum Auktionstool gemäß Artikel 16 hat.
3. Die Teilnahme an Auktionen setzt voraus, dass Marktteilnehmer zusätzlich zu den im voranstehenden Absatz genannten Bedingungen auch die folgenden Bedingungen erfüllen:
 - (b) sie erfüllen die Anforderungen für die Bereitstellung von Sicherheiten gemäß KAPITEL 3; und
 - (b) sie akzeptieren bei Bedarf zusätzliche finanzielle Bedingungen gemäß Artikel 17.
4. In jedem Fall müssen die Marktteilnehmer die in den jeweiligen Kapiteln dieser Vergabevorschriften niedergelegten Pflichten erfüllen.

Artikel 7
Abschluss der Teilnahmevereinbarung

1. Mindestens sieben (7) Arbeitstage vor der erstmaligen Teilnahme an einer Auktion kann ein Marktteilnehmer sich als Partei für eine Teilnahmevereinbarung bewerben, indem er bei der Vergabeplattform zwei (2) unterzeichnete Kopien der auf der Website der Vergabeplattform veröffentlichten Teilnahmevereinbarung sowie sämtliche gemäß den Artikeln 8 bis 16 vorgeschriebenen Informationen und Dokumente vollständig einreicht. Die Vergabeplattform überprüft die Vollständigkeit der in Übereinstimmung mit den Artikeln 9 und 13 eingereichten Informationen innerhalb von fünf (5) Arbeitstagen ab Erhalt der vollständigen und unterzeichneten Teilnahmevereinbarung.
2. Vor Ablauf der genannten Frist von fünf (5) Arbeitstagen fordert die Vergabeplattform den Marktteilnehmer zur Einreichung ausstehender Informationen auf, falls der Marktteilnehmer diese Informationen nicht bereits zusammen mit der Teilnahmevereinbarung eingereicht hat. Nach Erhalt der ausstehenden Informationen prüft die Vergabeplattform diese Informationen innerhalb weiterer fünf (5) Arbeitstage und informiert den Marktteilnehmer, falls weitere Informationen erforderlich sind.
3. Sobald die Vergabeplattform alle erforderlichen Informationen erhalten hat, sendet sie ohne ungebührliche Verzögerung eine von ihr unterzeichnete Ausfertigung der Teilnahmevereinbarung an den Marktteilnehmer zurück. Die Unterzeichnung der Teilnahmevereinbarung durch die Vergabeplattform stellt für sich allein genommen noch nicht die Erfüllung anderer in diesen Vergabevorschriften niedergelegten Bedingungen für die Teilnahme an den Auktionen dar. Die Teilnahmevereinbarung tritt am Datum der Unterzeichnung durch die Vergabeplattform in Kraft.

4. Die Vergabeplattform veröffentlicht eine Übersicht der Registrierten Teilnehmer, die zur Übertragung langfristiger Übertragungsrechte befugt sind.

Artikel 8

Form und Inhalt der Teilnahmevereinbarung

1. Die Form der Teilnahmevereinbarung sowie die Anforderungen für deren Vollständigkeit werden von der Vergabeplattform veröffentlicht und können von der Vergabeplattform von Zeit zu Zeit geändert werden, ohne dass dadurch eine Änderung an den in diesen Vergabevorschriften niedergelegten Bestimmungen und Bedingungen vorgenommen wird, es sei denn, diese Vergabevorschriften geben etwas Anderes vor.
2. Die Teilnahmevereinbarung verpflichtet den Marktteilnehmer mindestens dazu:
 - (a) sämtliche gemäß Artikel 9 und Artikel 13 erforderlichen Informationen bereitzustellen; und
 - (b) zuzustimmen, durch diese Vergabevorschriften gebunden zu sein und diese einzuhalten.
3. Nichts in diesen Vergabevorschriften hindert die Vergabeplattform und den Registrierten Teilnehmer daran, den außerhalb des Geltungsbereichs dieser Vergabevorschriften liegenden zusätzlichen Bestimmungen der Teilnahmevereinbarung zuzustimmen, darin eingeschlossen, jedoch nicht beschränkt auf die Teilnahme an expliziten Day-Ahead- oder Intraday-Vergaben oder an einem Ausweichverfahren für implizite Day-Ahead-Vergaben.
4. Im Falle von Schwierigkeiten bei der Auslegung, Widersprüchen oder Uneindeutigkeiten zwischen diesen Vergabevorschriften und der Teilnahmevereinbarung ist der Wortlaut der Vergabevorschriften maßgeblich.

Artikel 9

Einreichung von Informationen

1. Der Marktteilnehmer reicht zusammen mit seiner vollständig ausgefüllten und unterzeichneten Teilnahmevereinbarung folgende Informationen ein:
 - (a) Name und registrierte Anschrift des Marktteilnehmers, einschließlich allgemeiner E-Mail-Adresse sowie Fax- und Telefonnummer des Marktteilnehmers für Mitteilungen gemäß Artikel 74;
 - (b) falls der Marktteilnehmer eine juristische Person ist: Auszug aus dem Handelsregister der zuständigen Behörde, bei der der Marktteilnehmer eingetragen ist;
 - (c) Kontaktdaten und Namen von Personen, die zur Vertretung des Marktteilnehmers und seiner Funktionen befugt sind;
 - (d) EU-Umsatzsteueridentifikationsnummer (sofern zutreffend);
 - (e) Steuern und Abgaben, die in Rechnungen und zur Berechnung von Sicherheiten zu berücksichtigen sind;
 - (f) Energieidentifikationscode (EIC);
 - (g) Kontoangaben für Zahlungen an den Teilnehmer seitens der Vergabeplattform zu den Zwecken gemäß Artikel 65 Absätze 8 und 9;
 - (h) Kontaktperson für finanzielle Angelegenheiten rund um Sicherheiten, Rechnungstellung und Zahlungen sowie deren Kontaktdaten (E-Mail, Fax- und Telefonnummer) für im Rahmen dieser Vergabevorschriften gemäß Artikel 74 vorgesehene Mitteilungen;

- (i) Kontaktperson für gewerbliche Angelegenheiten sowie deren Kontaktdaten (E-Mail, Fax- und Telefonnummer) für im Rahmen dieser Vergabevorschriften gemäß Artikel 74 vorgesehene Mitteilungen; und
 - (j) Kontaktperson für operative Angelegenheiten sowie deren Kontaktdaten (E-Mail, Fax- und Telefonnummer) für im Rahmen dieser Vergabevorschriften gemäß Artikel 74 vorgesehene Mitteilungen.
- 2. Registrierte Teilnehmer haben sicherzustellen, dass sämtliche Daten und sonstige Informationen, die sie der Vergabeplattform gemäß diesen Vergabevorschriften mitteilen (darin eingeschlossen Informationen in ihrer Teilnahmevereinbarung), in allen wesentlichen Belangen korrekt und vollständig sind und bleiben und haben die Vergabeplattform umgehend über diesbezügliche Änderungen in Kenntnis zu setzen.
- 3. Registrierte Teilnehmer haben die Vergabeplattform im Falle von Änderungen bei den gemäß Absatz 1 dieses Artikels eingereichten Informationen spätestens sieben (7) Arbeitstage vor Inkrafttreten der Änderung bzw., sofern dies nicht möglich ist, unverzüglich nachdem dem Registrierten Teilnehmer die Änderung bekannt geworden ist, in Kenntnis zu setzen.
- 4. Spätestens fünf (5) Arbeitstage nach Empfang der entsprechenden Änderungsmitteilung bestätigt die Vergabeplattform die Registrierung der Änderung oder sendet eine Mitteilung über die Ablehnung der Registrierung der Änderung an den Registrierten Teilnehmer. Die Bestätigungs- bzw. Ablehnungsmitteilung wird per E-Mail an die vom Registrierten Teilnehmer gemäß Absatz 1 dieses Artikels angegebenen Kontaktpersonen für gewerbliche und operative Angelegenheiten gesendet. Lehnt die Vergabeplattform die Registrierung der Änderung ab, teilt sie den Grund dafür in der Ablehnungsmitteilung mit.
- 5. Die Änderung tritt am Datum des Versands der Bestätigung an den Registrierten Teilnehmer in Kraft.
- 6. Werden aufgrund einer Änderung dieser Vergabevorschriften zusätzliche Informationen von einem Registrierten Teilnehmer benötigt, reicht der Registrierte Teilnehmer die zusätzlichen Informationen innerhalb von zehn (10) Arbeitstagen ab entsprechender Aufforderung seitens der Vergabeplattform bei der Vergabeplattform ein.

Artikel 10 **Gewährleistungen**

- 1. Durch Unterzeichnung der Teilnahmevereinbarung gewährleistet der Marktteilnehmer, dass:
 - (a) er kein Verfahren über Insolvenz oder Konkurs eingeleitet hat oder nicht in anderer Weise eine Klage gemäß dem Konkurs- oder Insolvenzrecht oder gemäß einem ähnlichen Recht in Bezug auf Gläubigerrechte eingereicht hat;
 - (b) in Bezug auf den Bewerber kein Insolvenz-, Konkurs- oder ähnliches Rechtsverfahren in Bezug auf Gläubigerrechte eingeleitet worden ist;
 - (c) in Bezug auf den Bewerber kein Auflösungs- oder Liquidationsverfahren eingeleitet worden ist; und
 - (d) er keine fälligen Zahlungspflichten gegenüber einer derzeitigen, vorherigen oder zukünftigen Vergabeplattform hat.

Artikel 11
Erklärung über die ausschließliche Teilnahme an Übertragungen

Im Rahmen der Einreichung von Informationen gemäß Artikel 7 und Artikel 9 hat der Marktteilnehmer gegenüber der Vergabeplattform zu erklären, ob er ausschließlich an der Übertragung langfristiger Übertragungsrechte teilzunehmen beabsichtigt. In einem solchen Fall ist der Marktteilnehmer von der Teilnahme an Auktionen ausgeschlossen.

Artikel 12
Gesondertes Geschäftskonto

Im Rahmen der Einreichung von Informationen gemäß Artikel 7 und Artikel 9 hat der Marktteilnehmer gegenüber der Vergabeplattform zu erklären, ob er ein gesondertes Geschäftskonto zu Zwecken der Hinterlegung von Barsicherheiten und/oder zu Zwecken der Leistung von Zahlungen gemäß Artikel 65 Absatz 8 zu eröffnen beabsichtigt.

Artikel 13
Annahme der Vorschriften für das Informationssystem

Durch Unterzeichnung der Teilnahmevereinbarung akzeptiert der Marktteilnehmer die anwendbaren Vorschriften für das Informationssystem in ihrer jeweils aktuellen Fassung, wie sie auf der Website der Vergabeplattform veröffentlicht werden.

Artikel 14
Kosten im Zusammenhang mit der Teilnahmevereinbarung

Sämtliche Bewerbungen um die Registrierung als Registrierter Teilnehmer sowie sämtliche darauffolgenden Teilnahmen an Auktionen und/oder Mitteilungen über die Übertragung oder die Rückgabe von langfristigen Übertragungsrechten geschehen auf Rechnung, Kosten und Gefahr des Registrierten Teilnehmers. Sofern nicht anderweitig in diesen Vergabevorschriften niedergelegt, haftet die Vergabeplattform gegenüber niemandem für Kosten, Schäden oder Ausgaben im Zusammenhang mit der Teilnahme des Registrierten Teilnehmers an Auktionen und/oder an der Übertragung oder Rückgabe langfristiger Übertragungsrechte.

Artikel 15
Ablehnung der Bewerbung

1. Die Vergabeplattform kann den Abschluss einer Teilnahmevereinbarung mit einem Marktteilnehmer in folgenden Fällen ablehnen:
 - (a) falls der Bewerber keine ordnungsgemäß ausgefüllte und unterzeichnete Teilnahmevereinbarung in Übereinstimmung mit Artikel 7, Artikel 8 und Artikel 9 eingereicht hat; oder
 - (b) falls die Vergabeplattform zuvor bereits eine Teilnahmevereinbarung mit dem Bewerber beendet hat, weil der Registrierte Teilnehmer sich eines Verstoßes im Sinne von Artikel 72 Absätze 3 und 4 schuldig gemacht hat und die Gründe für die Beendigung fortbestehen, oder die Vergabeplattform nicht hinreichend überzeugt ist, dass es nicht erneut zu einem solchen Verstoß kommen wird; oder
 - (c) falls der Abschluss einer Teilnahmevereinbarung mit dem Bewerber einen Verstoß der Vergabeplattform gegen eine Bedingung verbindlicher gesetzlicher oder regulatorischer Vorschriften begründen würde; oder

- (d) falls eine der Gewährleistungen des Registrierten Teilnehmers unter Artikel 10 für ungültig oder falsch befunden wird.

Artikel 16

Zugang zum Auktionstool

1. Die Vergabeplattform gewährt den kostenlosen Zugang zum Auktionstool, sofern die folgenden Anforderungen erfüllt sind:
 - (a) Der Registrierte Teilnehmer hat das den Vorschriften für das Informationssystem beigefügte Formular vollständig ausgefüllt und unterzeichnet eingereicht und darin die Person(en) angegeben, für die die Nutzerkonten im Auktionstool eingerichtet werden soll(en), darin eingeschlossen etwaige Dritte, die befugt sind, im Namen des Registrierten Teilnehmers zum Zwecke der Rückgabe und Übertragung langfristiger Übertragungsrechte gemäß Artikel 39 und Artikel 42 aufzutreten; und
 - (b) der Registrierte Teilnehmer hat die Authentifizierungsanforderungen gemäß den von der Vergabeplattform veröffentlichten Vorschriften für das Informationssystem erfüllt; diese Anforderungen können, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, die Pflicht zur Bereitstellung eines elektronischen Zertifikats zur Unterzeichnung und Verschlüsselung oder anderweitiger Technologie zu Authentifizierungszwecken umfassen.
2. Spätestens fünf (5) Arbeitstage nach Empfang des unterzeichneten und vollständig ausgefüllten Formulars bestätigt die Vergabeplattform die Einrichtung des Nutzerkontos oder sendet eine Mitteilung über die Ablehnung der Einrichtung eines Nutzerkontos an den Registrierten Teilnehmer. Die Bestätigungs- bzw. Ablehnungsmitteilung wird per E-Mail an die vom Registrierten Teilnehmer gemäß Artikel 9 angegebene Kontaktperson für operative Angelegenheiten gesendet.
3. Sind die in Absatz 1 dieses Artikels aufgeführten Anforderungen nicht erfüllt, sodass kein Zugang zum Auktionstool gewährt wird, sendet die Vergabeplattform eine Ablehnungsmitteilung, in der sie die Gründe für die Ablehnung darlegt.

Artikel 17

Vereinbarung zusätzlicher finanzieller Bedingungen

Die Vergabeplattform kann zusätzliche finanzielle Standardbedingungen entwickeln und veröffentlichen, die die Registrierten Teilnehmer anzunehmen haben. Diese zusätzlichen finanziellen Bedingungen können Bestimmungen enthalten, die langfristige gemeinsame Sicherheiten oder gemeinsame Sicherheiten für andere von der Vergabeplattform in Übereinstimmung mit der Teilnahmevereinbarung organisierte Verfahren ermöglichen; dies unter der Maßgabe, dass die zusätzlichen finanziellen Bedingungen in Übereinstimmung mit diesen Vergabevorschriften stehen.

Artikel 18

Regulatorische und gesetzliche Anforderungen

Es obliegt der Verantwortung jedes Marktteilnehmers, sicherzustellen, dass er nationales und EU-Recht einhält, darin eingeschlossen Anforderungen jeder relevanten zuständigen Behörde, und dass er alle erforderlichen Genehmigungen im Zusammenhang mit seiner Teilnahme an Auktionen oder an der Übertragung und Nutzung langfristiger Übertragungsrechte eingeholt hat.

KAPITEL 3

Sicherheiten

Artikel 19

Allgemeine Bestimmungen

1. Registrierte Teilnehmer müssen Sicherheiten zur Besicherung der Zahlungen an die Vergabeplattform aufgrund von Auktionen für langfristige Übertragungsrechte und, sofern zutreffend, anderer fälliger Zahlungen unter den zusätzlichen finanziellen Bedingungen gemäß Artikel 17 stellen.
2. Akzeptiert werden ausschließlich die folgenden Sicherheiten:
 - (a) eine Bankgarantie;
 - (b) eine Bareinlage auf einem gesonderten Geschäftskonto.
3. Sicherheiten können in einer der in Absatz 2 dieses Artikels aufgeführten Formen oder als Kombination dieser Formen gestellt werden, sofern der Vergabeplattform die Rechte als Begünstigter der vollumfänglichen Sicherheit gewährt werden.
4. Das Kreditlimit muss immer größer oder gleich Null sein.
5. Sicherheiten sind in Euro (€) zu leisten.

Artikel 20

Form der Bareinlage

1. Für Sicherheiten, die in Form einer Bareinlage auf einem gesonderten Geschäftskonto gestellt werden, gelten die folgenden Bedingungen:
 - (a) Die Bareinlage ist auf einem gesonderten Geschäftskonto bei einem von der Vergabeplattform ausgewählten Finanzinstitut zu hinterlegen;
 - (b) das gesonderte Geschäftskonto ist in Übereinstimmung mit den zusätzlichen zwischen der Vergabeplattform bzw. ggf. zwischen dem Finanzinstitut und dem Registrierten Teilnehmer geschlossenen finanziellen Bedingungen zu eröffnen und zu nutzen;
 - (c) bis zur Abbuchung im Sinne der Bestimmungen in Artikel 26 gehört die Bareinlage auf dem gesonderten Geschäftskonto dem Registrierten Teilnehmer, sofern die zusätzlichen finanziellen Bedingungen gemäß Artikel 17 nichts Anderweitiges festlegen;
 - (d) Abbuchungen vom gesonderten Geschäftskonto gemäß Artikel 24 und Artikel 26 dürfen ausschließlich auf Anweisung der Vergabeplattform erfolgen;
 - (e) das gesonderte Geschäftskonto kann darüber hinaus auf Aufforderung der Vergabeplattform zur Rechnungsabgleichung im Sinne von Artikel 65 genutzt werden; und
 - (f) Zinsen über den im gesonderten Geschäftskonto hinterlegten Betrag stehen, ggf. nach Abzug von Steuern und Bankgebühren, dem Registrierten Teilnehmer zu.

Artikel 21

Form der Bankgarantie

1. Für Sicherheiten, die in Form einer Bankgarantie gestellt werden, gelten die folgenden Bedingungen:
 - (a) Für die Bankgarantie ist die Vorlage zu nutzen, die auf der Website der Vergabeplattform zur Verfügung gestellt wird und die von Zeit zu Zeit aktualisiert wird, oder die Bankgarantie ist in einer Form einzureichen, die dieser Vorlage weitestgehend entspricht;

- (b) die Bankgarantie muss in englischer Sprache verfasst sein;
- (c) die Bankgarantie deckt sämtliche Auktionen ab, die von der Vergabeplattform gemäß diesen Vergabevorschriften organisiert werden;
- (d) die Bankgarantie gestattet die teilweise oder vollständige Inanspruchnahme seitens der Vergabeplattform bis zum garantierten Höchstbetrag;
- (e) die Bankgarantie muss die Zahlung auf erste Aufforderung seitens der Vergabeplattform sicherstellen. Ferner ist sicherzustellen, dass die Bank bei Inanspruchnahme der Bankgarantie seitens der Vergabeplattform automatisch und ohne weitere Bedingung als den Erhalt einer per Einschreiben zugestellten schriftlichen Aufforderung seitens der Vergabeplattform zahlt;
- (f) die Bankgarantie muss unwiderruflich, bedingungslos und nicht-übertragbar sein;
- (g) die die Bankgarantie ausgegebene Bank muss dauerhaft niedergelassen sein, einschließlich über eine Filiale in einem EU-Mitgliedstaat, im Europäischen Wirtschaftsraum oder in der Schweiz;
- (h) die die Bankgarantie ausgebende Bank oder die Finanzgruppe, der die Bank angehört, muss mit einem langfristigen Kreditrating von mindestens BBB+ der Standard and Poor's Corporation, BBB+ von Fitch oder Baa1 der Moody's Investors Service Inc. bewertet worden sein. Wird diese Ratinganforderung nicht von der ausgebenden Bank selbst erfüllt, sondern von der Finanzgruppe, der die Bank angehört, hat die ausgebende Bank der Vergabeplattform eine von der Finanzgruppe ausgestellte Garantie der Muttergesellschaft oder ein entsprechendes von der Finanzgruppe ausgestelltes Dokument vorzulegen. Falls die ausgebende Bank oder die Finanzgruppe, der die Bank angehört, das erforderliche langfristige Kreditrating nicht mehr vorweisen kann, hat der Registrierte Teilnehmer der Vergabeplattform innerhalb von (5) Arbeitstagen eine alternative Bankgarantie einer Bank, die die Anforderungen an das langfristige Kreditrating erfüllt, vorzulegen oder die Bankgarantie durch eine Bareinlage zu ersetzen. Im Falle einer branchenweiten Herabstufung von Finanzinstituten prüft die Vergabeplattform, welche neuen Standards gelten und setzt, sofern für notwendig befunden, das geforderte Rating vorübergehend herab, wobei sie die ÜNB darüber in Kenntnis setzt, die wiederum die zuständigen nationalen Regulierungsbehörden in Kenntnis setzen;
- (i) die die Bankgarantie ausgebende Bank darf nicht mit dem Registrierten Teilnehmer, für den die Bankgarantie ausgegeben wird, verbunden sein.

2. Eine Bankgarantie muss Folgendes enthalten:

- (a) einen garantierten Höchstbetrag;
- (b) die Angabe der Vergabeplattform als Begünstigter, wie auf der Website der Vergabeplattform angegeben;
- (c) die Bankverbindung der Vergabeplattform, wie auf der Website der Vergabeplattform angegeben;
- (d) die Anschrift der Bank der Vergabeplattform, wie auf der Website der Vergabeplattform angegeben;
- (e) vollständige Angaben zum Registrierten Teilnehmer, darin eingeschlossen Name, Anschrift, Nummer aus dem Handels-/Unternehmensregister;
- (f) vollständige Angaben zur ausgebenden Bank; und

- (g) die Gültigkeitsdauer.
3. Der Registrierte Teilnehmer hat die Bankgarantie spätestens zwei (2) Arbeitstage vor dem Ende der Gebotsfrist der Auktion, für die die Bankgarantie als Sicherheit genutzt werden soll, einzureichen; andernfalls wird die Bankgarantie für die nachfolgenden Auktionen berücksichtigt.
 4. Die Vergabeplattform akzeptiert die von einem Registrierten Teilnehmer vorgelegte Bankgarantie, sofern die Bankgarantie gemäß den Spezifikationen in Absätzen 1 und 2 dieses Artikels gestellt wird und die Bankgarantie im Original bei der Vergabeplattform eingegangen ist.
 5. Spätestens zwei (2) Arbeitstage nach Empfang der Original-Bankgarantie bestätigt die Vergabeplattform die Annahme der Bankgarantie oder sendet eine Mitteilung über die Ablehnung der Bankgarantie an den Registrierten Teilnehmer. Die Bestätigungs- bzw. Ablehnungsmitteilung wird per E-Mail an die vom Registrierten Teilnehmer gemäß Artikel 9 angegebenen Kontaktpersonen für gewerbliche und operative Angelegenheiten gesendet. Die Ablehnungsmitteilung enthält den Grund für die Ablehnung.

Artikel 22

Gültigkeit und Verlängerung der Bankgarantie

1. Für die Mindestgültigkeitsdauer von Sicherheiten, die in Form einer Bankgarantie gestellt werden, gilt das Folgende:
 - (a) für (ein) Produkt(e) mit einer Produktphase von mehr als einem Monat: bis mindestens dreißig (30) Tage nach dem Ende des nächstfolgenden Kalendermonats in der bzw. den Produktphasen;
 - (b) für (ein) Produkt(e) mit einer Produktphase von einem Monat: bis mindestens dreißig (30) Tage nach dem Ende der Produktphase(n); und
 - (c) für (ein) Produkt(e) mit einer Produktphase von weniger als einem Monat: bis mindestens sechzig (60) Tage nach dem Ende der Produktphase(n).
2. Der Registrierte Teilnehmer hat die in Form einer Bankgarantie gestellten Sicherheiten zu ersetzen oder zu verlängern, um die Anforderungen gemäß Absatz 1 dieses Artikels zu erfüllen.

Artikel 23

Kreditlimit

1. Die Vergabeplattform berechnet und aktualisiert kontinuierlich das Kreditlimit der einzelnen Registrierten Teilnehmer für jede nachfolgende Auktion. Das Kreditlimit entspricht dem Betrag der gestellten Sicherheiten abzüglich etwaiger ausstehender Zahlungspflichten. Im Falle einer Bankgarantie wird diese Bankgarantie nur berücksichtigt, falls die Anforderungen gemäß Artikel 22 in Bezug auf die Gültigkeit der Bankgarantie für die betreffende Auktion erfüllt sind. Die Vergabeplattform stellt diese Informationen jedem einzelnen Registrierten Teilnehmer über das Auktionstool zur Verfügung.
2. Die Berechnung ausstehender Zahlungspflichten erfolgt gemäß Artikel 63 sowie gemäß den zusätzlichen Vorschriften in Absätzen 3 bis 5 dieses Artikels und in Artikel 34.
3. Zwecks Berechnung des Kreditlimits werden ausstehende Zahlungspflichten gemäß den Bestimmungen in Artikel 64 um die anwendbaren Steuern und Abgaben erhöht.
4. Reduzierungsphasen werden wie in Artikel 63 dargelegt bei der Berechnung des Kreditlimits berücksichtigt.

5. Gemäß Artikel 34 berechnete maximale Zahlungspflichten eines Registrierten Teilnehmers, die sich aus seinem bzw. seinen am Ende der Gebotsfrist registrierten Gebot(en) ergeben, werden vorläufig als ausstehende Zahlungspflichten betrachtet. Ab Veröffentlichung der vorläufigen Auktionsergebnisse bis zum Zeitpunkt, an dem die Auktionsergebnisse endgültig werden, wird der gemäß Artikel 36 Absatz 3, Buchstaben b und c mitgeteilte fällige Betrag vorläufig als ausstehende Zahlungspflichten für die Kreditlimitberechnung für sämtliche gleichzeitig laufenden Auktionen betrachtet. Das Kreditlimit wird auf Grundlage der tatsächlich vergebenen langfristigen Übertragungsrechte überprüft, sobald die vorläufigen Auktionsergebnisse wie in KAPITEL 4 dargelegt veröffentlicht wurden.

Artikel 24 **Änderungen der Sicherheiten**

1. Registrierte Teilnehmer können jederzeit in Übereinstimmung mit Absätzen 2 und 3 dieses Artikels schriftlich eine Erhöhung der Sicherheiten in Form einer Bankgarantie, eine Verringerung der Sicherheiten in Form einer Bankgarantie und/oder einer Bareinlage oder die Änderung der Art der Sicherheiten beantragen.
2. Eine Verringerung der Sicherheiten eines Registrierten Teilnehmers ist nur zulässig, wenn das Kreditlimit nach Anwendung der beantragten Verringerung der Sicherheiten größer oder gleich Null ist.
3. Die Vergabeplattform akzeptiert die Änderung der Sicherheiten, falls der Antrag auf Änderung der Sicherheiten im Falle einer Verringerung die Bedingungen in Absatz 2 dieses Artikels bzw. im Falle einer Erhöhung der Sicherheiten in Form einer Bankgarantie und im Falle der Änderung der Art der Sicherheiten von einer Bareinlage in eine Bankgarantie die Bedingungen in Artikel 21 und Artikel 22 erfüllt.
4. Die Änderung der Sicherheiten wird erst gültig und tritt erst in Kraft, wenn die Vergabeplattform die beantragte Änderung der Sicherheiten des Registrierten Teilnehmers im Auktionstool vorgenommen hat.

Die Vergabeplattform prüft den Antrag auf Änderung der Sicherheiten, und spätestens zwei (2) Arbeitstage nach Empfang des Antrags bestätigt die Vergabeplattform die Annahme der Änderung oder sendet eine Mitteilung über die Ablehnung des Antrags auf Änderung an den Registrierten Teilnehmer. Die Bestätigungs- bzw. Ablehnungsmitteilung wird per E-Mail an die vom Registrierten Teilnehmer gemäß Artikel 9 angegebenen Kontaktpersonen für gewerbliche und operative Angelegenheiten gesendet. Die Ablehnungsmitteilung enthält den Grund für die Ablehnung.

Artikel 25 **Sicherheitsvorfall**

1. Ein Sicherheitsvorfall liegt in folgenden Fällen vor:
 - (a) Die Sicherheiten sind nicht ausreichend zur Besicherung des am nächsten Zahlungstermin gemäß Artikel 65 fälligen Betrags für die vom Registrierten Teilnehmer gehaltenen langfristigen Übertragungsrechte, dies unter Berücksichtigung des Umfangs und der Gültigkeit der Sicherheiten; oder
 - (b) die Sicherheiten werden nicht in Übereinstimmung mit Artikel 22 Absatz 2 verlängert; oder
 - (c) die Sicherheiten werden nach einem Zahlungsvorfall nicht gemäß Artikel 26 wiederhergestellt, oder es wurde eine neue Sicherheit gestellt, die die Bedingungen gemäß Artikel 19 Absatz 3, Artikel 20 und Artikel 21 nicht erfüllt.
2. Die Vergabeplattform sendet dem Registrierten Teilnehmer per E-Mail eine Mitteilung über den Sicherheitsvorfall. Der Registrierte Teilnehmer hat seine Sicherheiten innerhalb von zwei (2)

Arbeitstagen ab Versand der Mitteilung, sofern diese Mitteilung während der Arbeitszeiten versandt wurde, bzw. innerhalb von zwei (2) Arbeitstagen ab dem Folgetag, sofern die Mitteilung nach Ende der Arbeitszeit versandt wurde, zu erhöhen. Sind die vom Registrierten Teilnehmer gestellten Sicherheiten auch nach Ablauf dieser Frist unzureichend, kann die Vergabeplattform die Teilnahmevereinbarung gemäß Artikel 71 und Artikel 72 aussetzen oder beenden.

Artikel 26

Inanspruchnahme von Sicherheiten

1. Die Vergabeplattform ist berechtigt, Sicherheiten eines Registrierten Teilnehmers in Anspruch zu nehmen, falls ein registrierter Zahlungsvorfall im Sinne von Artikel 67 vorliegt.
2. Der Registrierte Teilnehmer hat seine Sicherheiten nach einem Zahlungs- oder Sicherheitsvorfall unter Einhaltung der Bedingungen in Artikel 19 Absatz 3, Artikel 20 und Artikel 21 wiederherzustellen, es sei denn, die Teilnahmevereinbarung wird in Übereinstimmung mit Artikel 71 und Artikel 72 ausgesetzt oder beendet.

KAPITEL 4 Auktionen

Artikel 27

Allgemeine Bestimmungen für Auktionen

1. Die Vergabeplattform vergibt langfristige Übertragungsrechte durch explizite Vergabe an Registrierte Teilnehmer. Vor einer Auktion veröffentlicht die Vergabeplattform Auktionsspezifikationen auf ihrer Website.
2. Die Auktionen werden über das Auktionstool organisiert. Jeder Registrierte Teilnehmer, der die Anforderungen für die Teilnahme an der Auktion erfüllt, kann über das Auktionstool Gebote abgeben, bis die in der jeweiligen Auktionsspezifikation angegebene Frist zur Gebotsabgabe für die betreffende Auktion endet.
3. Nach dem Ende der Frist zur Gebotsabgabe für die betreffende Auktion beurteilt die Vergabeplattform die eingegangenen Gebote unter anderem anhand der jeweiligen Kreditlimits der Registrierten Teilnehmer. Die Ergebnisse der Auktion werden Registrierten Teilnehmern über das Auktionstool bekannt gegeben.
4. Die Vergabeplattform erteilt Informationen zu nachfolgenden Auktionen, indem sie auf ihrer Website rechtzeitig vor Stattfinden der Auktionen einen vorläufigen Auktionskalender mit den Daten der Auktionen veröffentlicht. Für die Standardzeitbereiche für die Vergabe langfristiger Kapazität gemäß Artikel 28 Absatz 1 wird bis spätestens 1. Dezember für das Folgejahr ein vorläufiger Auktionskalender mit vorläufigen Informationen zur Art des Produkts, zur Produktphase und zur Gebotsfrist veröffentlicht.

Artikel 28

Zeitbereich für die Kapazitätsvergabe und Art des Produkts

1. Die Standardzeitbereiche für die Vergabe langfristiger Kapazität werden, je nach Produktverfügbarkeit, wie folgt definiert:
 - (a) Jahreszeitbereich: beginnt am ersten Tag und endet am letzten Tag eines Kalenderjahres; und
 - (b) Monatszeitbereich: beginnt am ersten Tag und endet am letzten Tag eines Kalendermonats.
2. Für die in Absatz 1 aufgeführten Standardzeitbereiche organisiert die Vergabeplattform, vorbehaltlich der Verfügbarkeit zonenübergreifender Kapazität, mindestens eine Auktion pro Jahr für den Jahreszeitbereich und eine Auktion pro Monat für den Monatszeitbereich. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass damit die Möglichkeit der Durchführung einer gemeinsamen Auktion für zonenübergreifende Kapazität von mehreren Gebotszonengrenzen und Richtungen oder die gesonderte Vergabe zonenübergreifender Kapazität an einzelnen oder verschiedenen Teilmengen von Interkonnektoren einer Gebotszonengrenze nicht ausgeschlossen ist.
3. Das Standardauktionsprodukt ist ein Basisprodukt, mit dem, in Abhängigkeit von angekündigten Reduzierungsphasen, eine festgelegte Menge von MW während der Produktphase vergeben wird.
4. Zusätzliche Zeitbereiche und/oder eine zusätzliche Produktart außer den Standardprodukten und Standardzeitbereichen gemäß der Absätze 1, 2 und 3 dieses Artikels können, wie in der regionalen Ausgestaltung langfristiger Übertragungsrechte gemäß Artikel 31 Absatz 4 der FCA-Verordnung geregelt, angeboten werden.

Artikel 29

Auktionsspezifikation

1. Die Vergabeplattform veröffentlicht gemäß der Absätze 2 und 3 dieses Artikels eine vorläufige und eine endgültige Fassung der Auktionsspezifikation.
2. Für jährliche Auktionen veröffentlicht die Vergabeplattform die vorläufigen und die endgültigen Auktionsspezifikationen spätestens eine (1) Woche bzw. für Kapazitätsvergaben mit kürzerem Zeitbereich spätestens zwei (2) Arbeitstage vor dem Ende der Frist zur Gebotsabgabe für die jeweilige Auktion. Die vorläufige Auktionsspezifikation enthält insbesondere die folgenden Angaben:
 - (a) den Code zur Identifikation der Auktion im Auktionstool;
 - (b) die Art der langfristigen Übertragungsrechte;
 - (c) den Zeitbereich für die Kapazitätsvergabe (z. B. Jahr, Monat oder Sonstiges, wie in Artikel 28 beschrieben);
 - (d) die Art des Produkts (z. B. Base, Peak, Off-Peak, wie in Artikel 28 beschrieben);
 - (e) die Nennung der jeweiligen Gebotszonengrenze(n) oder einer Teilmenge der Interkonnektoren an der Gebotszonengrenze sowie die jeweilige Richtung;
 - (f) die Frist zur Rückgabe langfristiger Übertragungsrechte, die in vorangegangenen Auktionen für die jeweilige(n) Gebotszonengrenze(n) vergeben wurden;
 - (g) die Produktphase;
 - (h) die etwaige(n) Reduzierungsphase(n) im Zusammenhang mit der Produktphase;
 - (i) die Frist zur Gebotsabgabe;
 - (j) die Frist zur Veröffentlichung der vorläufigen Auktionsergebnisse;
 - (k) die Einspruchsfrist gemäß Artikel 37;
 - (l) die vorläufig angebotene Kapazität, in der durch Rückgabe langfristiger Übertragungsrechte frei gewordene zonenübergreifende Kapazität und zonenübergreifende Kapazität, die gemäß Artikel 71 und Artikel 72 frei geworden ist nicht eingeschlossen ist;
 - (m) sonstige relevante Informationen oder Bedingungen, die für das Produkt oder die Auktion gelten.
3. Frühestens vier (4) Stunden nach Veröffentlichung der vorläufigen Auktionsspezifikation veröffentlicht die Vergabeplattform die endgültige Auktionsspezifikation für diese Auktion unter Angabe der endgültig angebotenen Kapazität sowie sämtlicher sonstiger Änderungen relevanter Informationen oder Bedingungen, die für das Produkt oder die Auktion gelten.
4. Die endgültig angebotene Kapazität umfasst:
 - (a) die vorläufig angebotene Kapazität;
 - (b) die verfügbare, bereits an Registrierte Teilnehmer vergebene zonenübergreifende Kapazität, für die gemäß Artikel 38 und Artikel 39 ein gültiger Antrag auf Rückgabe der langfristigen Übertragungsrechte für diese Auktion eingereicht wurde; und
 - (c) die verfügbare, bereits an Registrierte Teilnehmer vergebene zonenübergreifende Kapazität, die aufgrund einer Aussetzung oder Beendigung gemäß Artikel 71 und Artikel 72 neu vergeben wird.

5. Die Vergabeplattform veröffentlicht das Format, in dem Gebote einzureichen sind.

Artikel 30

Reduzierungsphasen für angebotene Kapazität

1. Die Vergabeplattform kann in der Auktionsspezifikation eine oder mehrere Reduzierungsphase(n) ankündigen. In diesem Fall enthält die Auktionsspezifikation für jede Reduzierungsphase Angaben zur Dauer der Reduzierungsphase und zur Menge der angebotenen Kapazität.
2. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass Reduzierungsphasen nicht für bereits vergebene langfristige Übertragungsrechte gelten und dass Reduzierungsphasen zu jeglichem Zweck von Ausgleichszahlungen wie Kürzungen gemäß KAPITEL 9, nicht berücksichtigt werden.

Artikel 31

Abgabe von Geboten

1. Der Registrierte Teilnehmer gibt sein Gebot oder seine gebündelten Gebote in Übereinstimmung mit folgenden Anforderungen bei der Vergabeplattform ab:
 - (a) Gebote sind elektronisch über das Auktionstool und innerhalb der in der Auktionsspezifikation angegebenen Frist abzugeben;
 - (b) in Geboten ist die Auktion über einen Identifikationscode wie in Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe a beschrieben auszuweisen;
 - (c) in Geboten ist der das Gebot einreichende Registrierte Teilnehmer über seinen EIC-Code auszuweisen;
 - (d) in Geboten sind die Gebotszonengrenze und die Richtung, für die das Gebot abgegeben wird, anzugeben;
 - (e) in Geboten ist der Gebotspreis ohne Steuern und Abgaben in Euro pro MW je Stunde der Produktphase, d. h. Euro/MW und Stunde, gerundet auf zwei (2) Dezimalstellen und größer oder gleich Null anzugeben, wobei der Gebotspreis, sofern in den Vorschriften für das Informationssystem nicht anderweitig angegeben, für jedes Gebot desselben Registrierten Teilnehmers unterschiedlich sein muss;
 - (f) in Geboten ist die Gebotsmenge in vollen MW, d. h. ohne Dezimalstellen anzugeben, wobei die Mindestmenge für ein einzelnes Gebot ein (1) MW beträgt.
2. Der Registrierte Teilnehmer kann das bzw. die bereits registrierte(n) von ihm abgegebene(n) Gebot(e) bzw. gebündelten Gebote jederzeit während der Gebotsfrist ändern oder stornieren. Im Falle einer solchen Änderung wird bei der Festlegung der Auktionsergebnisse ausschließlich die letzte gültige Änderung des Gebots bzw. der gebündelten Gebote berücksichtigt.
3. Übersteigt die Gebotsmenge des Registrierten Teilnehmers oder die Summe der Gebotsmengen mehrerer vom Registrierten Teilnehmer für dieselbe Auktion eingereichter Gebote die jeweilige in der endgültigen Auktionsspezifikation angekündigte angebotene Kapazität, wird bzw. werden diese(s) Gebot(e) vollständig abgelehnt. Wird die angebotene Kapazität durch eine Änderung bereits eingereichter Gebote überschritten, wird die Änderung abgelehnt und es gelten die zuvor registrierten Gebote.
4. Übersteigt die Gebotsmenge des Registrierten Teilnehmers oder die Summe der Gebotsmengen mehrerer vom Registrierten Teilnehmer für dieselbe Auktion eingereichter Gebote die jeweilige nach Abgabe der Gebote verkündete angebotene Kapazität, werden die Gebote mit dem niedrigsten Gebotspreis nacheinander abgelehnt, bis die gesamte zulässige Gebotsmenge unterhalb der

angebotenen Kapazität liegt oder dieser entspricht. Sofern die Vorschriften für das Informationssystem die Abgabe von Geboten mit dem gleichen Gebotspreis seitens eines Registrierten Teilnehmers zulassen, kann die Vergabeplattform zusätzliche Kriterien oder Vorschriften anwenden, um zu entscheiden, welches Gebot abgelehnt wird. Solche zusätzlichen Kriterien oder Vorschriften werden den Vorschriften für das Informationssystem hinzugefügt und umfassen einen oder mehrere der folgenden Aspekte:

- (a) chronologische Abgabe (Zeitstempel); und/oder
 - (b) vom Auktionstool zugewiesene Gebotsidentifikation; und/oder
 - (c) Ablehnung aller relevanten Gebote mit dem gleichen Gebotspreis.
5. Das oben beschriebene Verfahren gilt für alle Arten von Auktionsprodukten und alle Zeitbereiche für die Vergabe langfristiger Kapazität.

Artikel 32 **Registrierung von Geboten**

1. Die Vergabeplattform registriert keine Gebote, die:
 - (a) die Anforderungen gemäß Artikel 31 nicht erfüllen; oder
 - (b) von einem Registrierten Teilnehmer eingereicht werden, der von einer Aussetzung gemäß Artikel 71 betroffen ist.
2. Unter der Voraussetzung, dass das eingereichte Gebot bzw. die eingereichten gebündelten Gebote die Anforderungen gemäß Artikel 31 erfüllt bzw. erfüllen, bestätigt die Vergabeplattform per Empfangsbestätigung über das Auktionstool gegenüber dem Registrierten Teilnehmer die ordnungsgemäße Registrierung des Gebots bzw. der gebündelten Gebote. Stellt die Vergabeplattform keine Empfangsbestätigung für ein Gebot aus, ist davon auszugehen, dass das Gebot nicht registriert wurde.
3. Die Vergabeplattform informiert Registrierte Teilnehmer, deren Gebot als ungültig abgelehnt wurde, ohne ungebührliche Verzögerung nach Ablehnung des Gebots unter Nennung der Gründe über die Ablehnung.
4. Die Vergabeplattform führt ein Verzeichnis aller eingegangenen gültigen Gebote.
5. Alle gültigen Gebote, die mit Ablauf der Frist zur Gebotsabgabe registriert wurden, stellen ein bedingungsloses und unwiderrufliches Angebot des Registrierten Teilnehmers zum Erwerb von langfristigen Übertragungsrechten im Umfang bis zur Gebotsmenge und zu einem Preis bis zum Gebotspreis sowie unter den Bestimmungen und Bedingungen dieser Vergabevorschriften und der jeweiligen Auktionsspezifikation dar.

Artikel 33 **Standardgebot**

1. Der Registrierte Teilnehmer hat die Möglichkeit, Standardgebote für Auktionen abzugeben.
2. Standardgebote gelten, sobald als solche vom Registrierten Teilnehmer ausgewiesen, automatisch für jede folgende vom Registrierten Teilnehmer bei Abgabe des Standardgebots als relevant definierte Auktion. Bei Eröffnung der jeweiligen Gebotsfrist wird das registrierte Standardgebot wie ein Gebot behandelt, das vom Registrierten Teilnehmer speziell für die betreffende Auktion abgegeben wurde. Das Gebot gilt als eingegangen, wenn die Vergabeplattform dem Registrierten Teilnehmer eine Empfangsbestätigung zusendet.

3. Übersteigt die Gebotsmenge des vom Registrierten Teilnehmer eingereichten Standardgebots oder die Summe der Gebotsmengen mehrerer vom Registrierten Teilnehmer für dieselbe Auktion eingereichter Standardgebote die endgültig angebotene Kapazität, werden die Gebote mit dem niedrigsten Gebotspreis nacheinander abgelehnt, bis die gesamte zulässige Gebotsmenge unterhalb der angebotenen Kapazität liegt oder dieser entspricht. Sofern die Vorschriften für das Informationssystem die Abgabe von Geboten mit dem gleichen Gebotspreis seitens eines Registrierten Teilnehmers zulassen, kann die Vergabeplattform zusätzliche Kriterien oder Vorschriften anwenden, um zu entscheiden, welches Gebot abgelehnt wird. Solche zusätzlichen Kriterien oder Vorschriften werden den Vorschriften für das Informationssystem hinzugefügt und umfassen einen oder mehrere der folgenden Aspekte:
 - (a) chronologische Abgabe (Zeitstempel); und/oder
 - (b) vom Auktionstool zugewiesene Gebotsidentifikation; und/oder
 - (c) Ablehnung aller relevanten Gebote mit dem gleichen Gebotspreis.
4. Registrierte Teilnehmer, die ein Standardgebot für zukünftige Auktionen ändern möchten, müssen die Gebotsmenge und den Gebotspreis ihres Standardgebots vor Eröffnung der Gebotsfrist der betreffenden Auktion ändern.
5. Registrierte Teilnehmer, die ihr im Auktionstool registriertes Standardgebot nicht bei zukünftigen Auktionen abgeben möchten, können ihr Standardgebot vor Eröffnung der Gebotsfrist der betreffenden Auktion löschen.

Artikel 34 **Prüfung des Kreditlimits**

1. Nachdem ein Registrierter Teilnehmer über das Auktionstool ein Gebot bzw. gebündelte Gebote abgegeben hat, prüft die Vergabeplattform, ob die gemäß der Absätze 4 und 5 dieses Artikels berechneten maximalen Zahlungspflichten im Zusammenhang mit dem bzw. den registrierten Gebot(en) dieses Registrierten Teilnehmers zum Zeitpunkt der Abgabe des Gebots bzw. der Gebote das Kreditlimit überschreiten. Falls die maximalen Zahlungspflichten im Zusammenhang mit dem bzw. den registrierten Gebot(en) das Kreditlimit überschreiten, sendet die Vergabeplattform automatisch über das Auktionstool eine Warnung mit Aufforderung zur Änderung des Kreditlimits an den Registrierten Teilnehmer. Gebote werden nicht automatisch, sondern erst nach Durchlaufen des in Absatz 2 dieses Artikels beschriebenen Verfahrens abgelehnt, wenn die maximalen Zahlungspflichten im Zusammenhang mit registrierten Geboten das Kreditlimit zum Zeitpunkt der Gebotsabgabe überschreiten.
2. Nach dem Ende der Gebotsfrist prüft die Vergabeplattform erneut, ob die gemäß Absatz 5 dieses Artikels berechneten maximalen Zahlungspflichten im Zusammenhang mit dem bzw. den registrierten Gebot(en) das Kreditlimit überschreiten. Falls die maximalen Zahlungspflichten im Zusammenhang mit dem bzw. den Gebot(en) das Kreditlimit überschreiten, werden diese Gebote, beginnend mit dem Gebot mit dem niedrigsten Gebotspreis, nach und nach ausgeschlossen, bis die maximalen Zahlungspflichten unter dem Kreditlimit liegen oder diesem entsprechen. Die Vergabeplattform kann zusätzliche Kriterien oder Vorschriften anwenden, um zu entscheiden, welches Gebot abgelehnt wird. Solche zusätzlichen Kriterien oder Vorschriften werden den Vorschriften für das Informationssystem hinzugefügt und umfassen einen oder mehrere der folgenden Aspekte:
 - (a) chronologische Abgabe (Zeitstempel); und/oder
 - (b) vom Auktionstool zugewiesene Gebotsidentifikation; und/oder
 - (c) Ablehnung aller relevanten Gebote mit dem gleichen Gebotspreis.

3. Die Vergabeplattform gibt in der an den Registrierten Teilnehmer gesandten Mitteilung über die Auktionsergebnisse unzureichende Sicherheiten als Grund für den Ausschluss des Gebots an.
4. Die Vergabeplattform beurteilt alle Gebote fortwährend, und zwar unabhängig davon, für welche Auktion und für welche Gebotszonengrenze und Richtung sie abgegeben wurden. Falls Gebote für mehrere oder sich überschneidende Auktionen eingereicht wurden, berücksichtigt die Vergabeplattform sämtliche berechneten maximalen Zahlungspflichten als offene Zahlungspflichten im Sinne von Artikel 23.
5. Zur Berechnung der maximalen Zahlungspflichten in Bezug auf eine Gebotszonengrenze und Richtung ordnet die Vergabeplattform die registrierten Gebote eines Registrierten Teilnehmers in absteigender Reihenfolge nach dem Gebotspreis („merit order“-Prinzip). Gebot 1 ist das Gebot mit dem höchsten Gebotspreis, und Gebot n ist das Gebot mit dem niedrigsten Gebotspreis. Die Vergabeplattform berechnet die maximalen Zahlungspflichten anhand folgender Formel:

$$MPO = \sum_{hours} \text{Max} \left[\text{Bid Price (1)} * \text{Bid Quantity (1)}; \text{Bid Price (2)} * \sum_{i=1}^2 \text{Bid Quantity (i)}; \dots \right. \\ \left. \dots; \text{Bid Price (n-1)} * \sum_{i=1}^{n-1} \text{Bid Quantity (i)}; \text{Bid Price (n)} * \sum_{i=1}^n \text{Bid Quantity (i)} \right]$$

6. Bei der Berechnung der maximalen Zahlungspflichten gemäß Absatz 5 dieses Artikels berücksichtigt die Vergabeplattform außerdem das Folgende:
 - (a) falls zutreffend für jede einzelne Stunde der Reduzierungsphase die Höchstmenge an langfristigen Übertragungsrechten, die während der Reduzierungsphase an den Registrierten Teilnehmer vergeben werden können;
 - (b) die Erhöhung offener Zahlungspflichten um die anwendbaren Steuern und Abgaben gemäß Artikel 64; und
 - (c) bezüglich langfristiger Übertragungsrechte mit einer Produktphase von einem (1) oder mehreren Monat(en) sollte(n) in Übereinstimmung mit der Berechnung des fälligen Betrags gemäß Artikel 63 Absatz 5 eine (1) bzw. zwei (2) monatliche Teilzahlung(en) besichert werden.

Artikel 35

Ermittlung der Auktionsergebnisse

1. Nach Ablauf der Gebotsfrist für eine Auktion und nach der Prüfung des Kreditlimits gemäß Artikel 34 ermittelt die Vergabeplattform die Auktionsergebnisse und vergibt die langfristigen Übertragungsrechte in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Artikels.
2. Die Ermittlung der Auktionsergebnisse erfolgt wie folgt:
 - (a) Ermittlung der Gesamtmenge der vergebenen langfristigen Übertragungsrechte je Gebotszonengrenze und Richtung;
 - (b) Ermittlung der Gewinnergebote, die vollständig oder teilweise zu bedienen sind; und
 - (c) Ermittlung des Grenzpreises je Gebotszonengrenze und Richtung.
3. Die Vergabeplattform ermittelt die Auktionsergebnisse anhand einer Optimierungsfunktion, die der Maximierung der Summe aus dem Überschuss der Registrierten Teilnehmer und der durch die Gewinnergebote erzielten Engpasserlöse dient, wobei gleichzeitig die Beschränkungen der

Optimierungsfunktion in Form relevanter angebotener Kapazitäten berücksichtigt werden. Die Vergabeplattform veröffentlicht auf ihrer Website zusätzliche Erläuterungen zur Optimierungsfunktion des Algorithmus.

4. Die Vergabeplattform ermittelt den Grenzpreis je Gebotszonengrenze und Richtung anhand der folgenden Kriterien:
 - (a) Falls die Gesamtmenge zonenübergreifender Kapazität, für die gültige Gebote abgegeben wurden, unter der jeweiligen in der betreffenden Auktion angebotenen Kapazität liegt oder gleich dieser angebotenen Kapazität ist, wird der Grenzpreis auf Null festgesetzt;
 - (b) falls die Gesamtmenge zonenübergreifender Kapazität, für die gültige Gebote abgegeben wurden, über der jeweiligen in der betreffenden Auktion angebotenen Kapazität liegt, wird der Grenzpreis auf Grundlage der betreffenden angebotenen Kapazitäten auf den bzw. die niedrigsten vollständig oder teilweise vergebenen Gebotspreis(e) festgesetzt.
5. Falls zwei (2) oder mehr Registrierte Teilnehmer für eine Gebotszonengrenze und Richtung gültige Gebote zum gleichen Gebotspreis abgegeben haben und diese Gebote nicht vollständig für die gesamte beantragte Menge an langfristigen Übertragungsrechten akzeptiert werden können, bestimmt die Vergabeplattform die Gewinnergebote und die Menge der an die einzelnen Registrierten Teilnehmer vergebenen langfristigen Übertragungsrechte wie folgt:
 - (a) Die für die Gebote, die den Grenzpreis festlegen, verfügbare zonenübergreifende Kapazität wird gleichmäßig auf die Zahl der Registrierten Teilnehmer, die die betreffenden Gebote abgegeben haben, aufgeteilt;
 - (b) falls die Menge der von einem Registrierten Teilnehmer zum Grenzpreis beantragten langfristigen Übertragungsrechte unter dem gemäß Buchstabe a berechneten Anteil liegt oder gleich diesem Anteil ist, wird der Antrag dieses Registrierten Teilnehmers vollständig bedient;
 - (c) falls die Menge der von einem Registrierten Teilnehmer zum Grenzpreis beantragten langfristigen Übertragungsrechte über dem gemäß Buchstabe a berechneten Anteil liegt, wird der Antrag dieses Registrierten Teilnehmers bis zu dem gemäß Buchstabe a berechneten Anteil bedient;
 - (d) etwaige nach der Vergabe gemäß der Buchstaben b und c übrig gebliebene zonenübergreifende Kapazität wird gemäß dem in den Buchstaben a, b und c beschriebenen Verfahren unter den Registrierten Teilnehmern aufgeteilt, deren Anträge nicht vollständig bedient wurden.
6. Sofern für eine Auktion gemäß der Auktionsspezifikation eine Reduzierungsphase vorgesehen ist, ermittelt die Vergabeplattform die Auktionsergebnisse in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Absätze 3 bis 5 dieses Artikels, wobei folgende Abweichungen gelten:
 - (a) Gewinnergebote und Grenzpreise für die jeweilige Gebotszonengrenze und Richtung werden gemäß der Absätze 3 bis 5 dieses Artikels ermittelt;
 - (b) für jede Reduzierungsphase wird die Menge der an einzelne Registrierte Teilnehmer zu vergebenden langfristigen Übertragungsrechte anteilmäßig berechnet, indem die den jeweiligen Gewinnergeboten der einzelnen Registrierten Teilnehmer entsprechende Menge an langfristigen Übertragungsrechten sowie die jeweiligen reduzierten angebotenen Kapazitäten berücksichtigt werden. Die Vergabeplattform veröffentlicht auf ihrer Website Erläuterungen und Beispiele zur Berechnung der Menge der während der Reduzierungsphase an die einzelnen Registrierten Teilnehmer zu vergebenden langfristigen Übertragungsrechte.

7. In Fällen, in denen sich aus der Berechnung gemäß der Absätze 3 bis 6 keine, wie in Artikel 31 Absatz 1 Buchstabe f vorgesehen, ganze Zahl für die MW-Menge ergibt, wird die MW-Menge der langfristigen Übertragungsrechte auf die nächstkleinere ganze Zahl abgerundet. Falls die Menge der langfristigen Übertragungsrechte nach der Rundung bei Null liegt, hat dies keinerlei Auswirkungen auf die Ermittlung des Grenzpreises.
8. Die langfristigen Übertragungsrechte gelten als an den Registrierten Teilnehmer vergeben, sobald der Registrierte Teilnehmer über die Ergebnisse in Kenntnis gesetzt wurde und die Einspruchsfrist gemäß Artikel 37 verstrichen ist. Für den Fall, dass die Auktion nicht erfolgreich durchgeführt wurde, gelten die Ausweichverfahren gemäß KAPITEL 8.

Artikel 36

Benachrichtigung über vorläufige Auktionsergebnisse

1. Die Vergabeplattform veröffentlicht die vorläufigen Auktionsergebnisse schnellstmöglich, jedoch spätestens wie in der endgültigen Auktionsspezifikation angegeben auf ihrer Website.
2. Die Veröffentlichung der vorläufigen Ergebnisse für die einzelnen an der Auktion beteiligten Gebotszonengrenzen umfasst mindestens die folgenden Angaben:
 - (a) die Menge der beantragten langfristigen Übertragungsrechte in MW;
 - (b) die Menge der vergebenen langfristigen Übertragungsrechte in MW;
 - (c) den Grenzpreis in Euro/MW pro Stunde;
 - (d) die Zahl der Registrierten Teilnehmer, die an der Auktion teilgenommen haben;
 - (e) eine Liste der Namen sowie die Zahl der Registrierten Teilnehmer, die bei der Auktion mindestens ein Gewinnergebot abgegeben haben;
 - (f) eine Liste der registrierten Gebote ohne Angabe der Registrierten Teilnehmer (Gebotskurve); und
 - (g) die Engpasserlöse pro Gebotszone.
3. Spätestens 30 Minuten nach Veröffentlichung der vorläufigen Auktionsergebnisse stellt die Vergabeplattform jedem Registrierten Teilnehmer, der ein Gebot für die betreffende Auktion abgegeben hat, für jede an der Auktion beteiligte Gebotszonengrenze über das Auktionstool mindestens die folgenden Informationen zur Verfügung:
 - (a) vergebene langfristige Übertragungsrechte pro Stunde der Produktphase in MW;
 - (b) Grenzpreis in Euro/MW pro Stunde; und
 - (c) den fälligen Betrag für die vergebenen langfristigen Übertragungsrechte in Euro gerundet auf zwei Dezimalstellen; und
 - (d) falls die Produktphase länger als ein Monat ist, den fälligen Betrag für eine monatliche Teilzahlung für die vergebenen langfristigen Übertragungsrechte in Euro gerundet auf zwei Dezimalstellen.
4. Für den Fall, dass das Auktionstool nicht verfügbar ist, informiert die Vergabeplattform die Registrierten Teilnehmer gemäß den Bestimmungen in KAPITEL 8 über die vorläufigen Auktionsergebnisse.

Artikel 37

Einspruch gegen die Auktionsergebnisse

1. Registrierte Teilnehmer prüfen die Auktionsergebnisse und können, sofern angemessen, innerhalb der in Absatz 2 dieses Artikels genannten Einspruchsfrist Einspruch gegen die Auktionsergebnisse einlegen. Die Vergabeplattform berücksichtigt ausschließlich Einsprüche, bei denen der Registrierte Teilnehmer nachweisen kann, dass der Vergabeplattform hinsichtlich der Auktionsergebnisse ein Fehler unterlaufen ist.

2. Der Registrierte Teilnehmer kann innerhalb der in der Auktionsspezifikation angegebenen Frist, jedoch bis spätestens zwei (2) Arbeitstage, nachdem er über die vorläufigen Auktionsergebnisse benachrichtigt wurde, Einspruch gegen die Auktionsergebnisse einlegen.
3. Einsprüche sind bei der Vergabeplattform einzureichen und mit der Überschrift „Einspruch“ zu kennzeichnen.
4. Jeder Einspruch muss folgende Angaben enthalten:
 - (a) Datum des Einspruchs;
 - (b) Angabe der Auktion, auf die sich der Einspruch bezieht;
 - (c) Angabe des Registrierten Teilnehmers;
 - (d) Name, E-Mail-Adresse und Telefonnummer des Registrierten Teilnehmers;
 - (e) ausführliche Beschreibung der Tatsachen und des Grunds für den Einspruch; und
 - (f) Nachweis über fehlerhafte Auktionsergebnisse.
5. Die Vergabeplattform informiert den Registrierten Teilnehmer spätestens vier (4) Arbeitstage, nachdem der Registrierte Teilnehmer über die vorläufigen Auktionsergebnisse benachrichtigt wurde, über ihre Entscheidung hinsichtlich des Einspruchs.
6. Am Ende des vierten (4.) Arbeitstages nach Veröffentlichung der vorläufigen Auktionsergebnisse, und sofern die Auktion nicht storniert wurde, sind die Auktionsergebnisse ohne weitere Benachrichtigung endgültig und bindend.

KAPITEL 5

Rückgabe von langfristigen Übertragungsrechten

Artikel 38

Allgemeine Bestimmungen

1. Inhaber langfristiger Übertragungsrechte können einige oder alle ihrer langfristigen Übertragungsrechte nach Veröffentlichung der endgültigen Auktionsergebnisse zur Neuvergabe bei einer nachfolgenden Auktion für langfristige Übertragungsrechte an die Vergabeplattform zurückgeben.
2. Langfristige Übertragungsrechte müssen als konstante Menge ganzer MW über den spezifischen Zeitbereich der nachfolgenden Auktion zurückgegeben werden. Die Auktion, bei der die langfristigen Übertragungsrechte vergeben wurden, sowie die nachfolgende Auktion, für die die langfristigen Übertragungsrechte zurückgegeben werden sollen, müssen sich auf die gleiche Art von Produkten beziehen.
3. Die Mindestmenge für ein zurückgegebenes langfristiges Übertragungsrecht liegt bei einem (1) MW über den spezifischen Zeitbereich der nachfolgenden Auktion.
4. Die Vergabeplattform macht die Mengen der zurückgegebenen langfristigen Übertragungsrechte bei der nachfolgenden langfristigen Auktion verfügbar, wobei sie die in der vorläufigen Auktionsspezifikation angekündigte angebotene Kapazität entsprechend und gleichmäßig pro Stunde der Produktphase erhöht. Selbiges gilt, wenn die angebotene Kapazität, die in der vorläufigen Auktionsspezifikation für die nachfolgende Auktion für langfristige Übertragungsrechte angekündigt wurde, eine Reduzierungsphase vorsieht.
5. Falls die zurückgegebenen langfristigen Übertragungsrechte gemäß dem in Artikel 35 Absatz 7 beschriebenen Verfahren abgerundet werden, vergütet die Vergabeplattform den Marktteilnehmer gemäß Artikel 40 für die volle Menge der zurückgegebenen Übertragungsrechte.

Artikel 39

Rückgabeverfahren

1. Inhaber langfristiger Übertragungsrechte, die ihre Übertragungsrechte zurückzugeben wünschen, senden gemäß den anwendbaren Vorschriften für das Informationssystem und innerhalb der in der vorläufigen Auktionsspezifikation für die nachfolgende Auktion, für die die Übertragungsrechte zurückgegeben werden sollen, angegebenen Frist über das Auktionstool eine Mitteilung entweder unmittelbar oder mittelbar über einen befugten Dritten an die Vergabeplattform.
2. Eine gültige Rückgabemitteilung im Sinne von Absatz 1 dieses Artikels enthält die folgenden Angaben:
 - (a) EIC-Code des Inhabers der langfristigen Übertragungsrechte;
 - (b) Angabe der nachfolgenden Auktion, für die die langfristigen Übertragungsrechte zurückgegeben werden; und
 - (c) die Menge der zurückzugebenden langfristigen Übertragungsrechte.
3. Um langfristige Übertragungsrechte zurückgeben zu können, muss der Registrierte Teilnehmer folgende Anforderungen erfüllen:
 - (a) Er muss mit der Vergabeplattform eine Teilnahmevereinbarung geschlossen haben, die gültig und in Kraft ist;

- (b) er muss zum Zeitpunkt der Rückgabemitteilung Inhaber der betreffenden langfristigen Übertragungsrechte sein;
 - (c) er muss die Mitteilung vor dem Ende der in Absatz 1 dieses Artikels genannten Frist senden;
 - (d) er muss seine finanziellen Pflichten gemäß diesen Vergabevorschriften erfüllen oder deren Erfüllung sicherstellen.
- 4. Sind die in Absatz 3 dieses Artikels aufgeführten Anforderungen erfüllt, sendet die Vergabeplattform über das Auktionstool ohne ungebührliche Verzögerung eine Mitteilung an den Registrierten Teilnehmer, die Folgendes enthält:
 - (a) eine Bestätigung der Annahme der Rückgabe im Sinne von Absatz 7 dieses Artikels; oder
 - (b) eine Ablehnung der Rückgabe im Sinne von Absatz 7, einschließlich der Gründe für die Ablehnung.
- 5. Im Falle der Annahme der Rückgabe verringert die Vergabeplattform die Gesamtmenge der von dem betreffenden Registrierten Teilnehmer gehaltenen langfristigen Übertragungsrechte um die Menge der zurückgegebenen Rechte.
- 6. Inhaber langfristiger Übertragungsrechte, die ihre gemäß der Absätze 1 und 2 dieses Artikels mitgeteilte Rückgabe ändern möchten, senden über das Auktionstool vor dem Ende der in Absatz 1 genannten Frist zur Rückgabe langfristiger Übertragungsrechte eine Mitteilung, in der sie die geänderte Menge der zurückzugebenden langfristigen Übertragungsrechte angeben. Wird die Menge der zurückzugebenden langfristigen Übertragungsrechte auf null (0) MW zurückgesetzt, gilt die betreffende Rückgabe als storniert.
- 7. Kann die Vergabeplattform eine Rückgabe im Sinne dieses Kapitels nicht registrieren, kann die Vergabeplattform ein Ausweichverfahren für den Datenaustausch gemäß Artikel 53 anwenden. Falls ein Ausweichverfahren für die Rückgabe technisch nicht möglich ist, können die Registrierten Teilnehmer keinerlei finanziellen Ausgleich verlangen.

Artikel 40

Vergütung für Inhaber langfristiger Übertragungsrechte

1. Registrierte Teilnehmer, die langfristige Übertragungsrechte zurückgegeben haben, haben Anspruch auf Erhalt einer Vergütung in Höhe des Werts der zurückgegebenen langfristigen Übertragungsrechte, wie während der jeweiligen nachfolgenden Auktion(en) festgelegt und pro Stunde wie folgt berechnet:
 - (a) Der Grenzpreis der Auktion, in deren Rahmen die zurückgegebenen Übertragungsrechte neu vergeben wurden, in Euro/MW pro Stunde multipliziert mit
 - (b) der Menge der erneut vergebenen MW.
2. Mit der Rückgabe ist der Registrierte Teilnehmer nicht länger Inhaber der zurückgegebenen Menge an langfristigen Übertragungsrechten. Das bedeutet, dass sämtliche Rechte und Pflichten des Registrierten Teilnehmers im Zusammenhang mit der zurückgegebenen Menge an Übertragungsrechten erlöschen, ausgenommen jene in Bezug auf die Zahlungspflichten des Registrierten Teilnehmers gemäß KAPITEL 10 und die Vergütung gemäß diesem KAPITEL 5. Alle Rechte und Pflichten des Registrierten Teilnehmers in Bezug auf den nicht zurückgegebenen Anteil der langfristigen Übertragungsrechte bleiben unberührt.

KAPITEL 6

Übertragung von langfristigen Übertragungsrechten

Artikel 41

Allgemeine Bestimmungen

1. Inhaber langfristiger Übertragungsrechte können einige oder alle ihrer langfristigen Übertragungsrechte auf andere Registrierte Teilnehmer übertragen sobald die endgültigen Auktionsergebnisse für diese Rechte veröffentlicht wurden. Ungeachtet dessen wie die Übertragung durchgeführt wurde, ist die Übertragung der Vergabeplattform gemäß dem in Artikel 42 beschriebenen Verfahren in der auf der Website der Vergabeplattform angegebenen Form über das Auktionstool zu melden.
2. Die übertragbare Mindestmenge langfristiger Übertragungsrechte liegt bei einem (1) MW über eine (1) Stunde.

Artikel 42

Prozess der Übertragung

1. Der Übertragende sendet unmittelbar oder mittelbar über einen befugten Dritten über das Auktionstool eine Mitteilung über die Übertragung an die Vergabeplattform; die Mitteilung enthält folgende Informationen:
 - (a) EIC-Codes des Übertragenden und des Übernehmenden;
 - (b) Zeitraum der Übertragung einschließlich Beginn- und Enddaten und -uhrzeiten; und
 - (c) die Menge (MW) der übertragenen langfristigen Übertragungsrechte in ganzen MW pro Stunde.
2. Die Mitteilung über die Übertragung muss der Vergabeplattform bis spätestens 12:00 Uhr mittags am zweiten (2.) Tag nach dem Lieferdatum zugehen.
3. Um langfristige Übertragungsrechte übertragen zu können, müssen folgende Anforderungen erfüllt werden:
 - (a) Der Übertragende und der Übernehmende haben mit der Vergabeplattform eine Teilnahmevereinbarung geschlossen, die gültig und in Kraft ist und die mindestens für die Übertragung langfristiger Übertragungsrechte gilt; der Übertragende ist zum Zeitpunkt der Mitteilung über die Übertragung Inhaber der betreffenden langfristigen Übertragungsrechte;
 - (b) der Übertragende hat seine finanziellen Pflichten gemäß diesen Vergabevorschriften erfüllt oder besichert, und dies gilt ungeachtet dessen, ob der Übertragende sämtliche oder nur Teile seiner langfristigen Übertragungsrechte überträgt, sowie selbst im Falle mehrerer Übertragungen unter mehreren Registrierten Teilnehmern; und
 - (c) der Übertragende hat die Mitteilung über die Übertragung vor dem Ende der in Absatz 2 dieses Artikels genannten Frist gesendet.
4. Die Vergabeplattform bestätigt ohne ungebührende Verzögerung den Empfang der Mitteilung des Übertragenden. Sofern die Mitteilung die Anforderungen gemäß Absatz 3 dieses Artikels erfüllt, informiert die Vergabeplattform den Übernehmenden über die Übertragungsmitteilung.
5. Falls von der Vergabeplattform keine Bestätigung gesendet wurde, gilt die betreffende Mitteilung als nicht zugestellt.

6. Die Mitteilung über die Übertragung ist vom Übernehmenden innerhalb von vier (4) Stunden nachdem er die Übertragungsinformationen von der Vergabeplattform erhalten hat, und spätestens bis 12:00 Uhr mittags am zweiten (2.) Tag nach dem Lieferdatum zu bestätigen.
7. Bestätigt der Übernehmende die Übertragung nicht innerhalb der in Absatz 6 genannten Frist, storniert die Vergabeplattform automatisch den Prozess der Übertragungsmitteilung.
8. In diesem Fall sendet die Vergabeplattform über das Auktionstool eine zweite Bestätigung an den Übertragenden und den Übernehmenden, in der sie mitteilt, entweder:
 - (a) dass die Übertragungsmitteilung angenommen wurde und in Kraft ist; oder
 - (b) dass die Übertragungsmitteilung abgelehnt wurde und weshalb sie abgelehnt wurde.
9. Wird aus technischen Gründen keine Bestätigung von der Vergabeplattform versendet, gilt die betreffende Übertragungsmitteilung als nicht eingereicht.
10. Der Übertragende ist nicht berechtigt, die Übertragungsmitteilung zurückzuziehen, wenn der Übernehmende sie bereits angenommen hat. Der Übernehmende kann eine weitere Übertragung durchführen, um die langfristigen Übertragungsrechte weiter zu übertragen.
11. Im Falle des Ausfalls des Auktionstools findet eines der Ausweichverfahren gemäß KAPITEL 8 Anwendung. Kann der Prozess der Übertragungsmitteilung aufgrund eines Ausfalls des IT-Systems und/oder des Versagens eines Ausweichverfahrens nicht gemäß den Bestimmungen in diesem Artikel abgeschlossen werden, haben Registrierte Teilnehmer keinerlei Anspruch auf einen finanziellen Ausgleich gegenüber der Vergabeplattform.

Artikel 43 **Rechtsfolgen der Übertragung**

Alle Rechte und Pflichten aus diesen Vergabevorschriften, ausgenommen die Zahlungspflicht des ursprünglichen Übertragungsrechteinhabers in Bezug auf die Vergabe langfristiger Übertragungsrechte gemäß Artikel 62 Absatz 1, werden zusammen mit dem langfristigen Übertragungsrecht übertragen.

Artikel 44 **Mitteilungspinnwand**

1. Die Mitteilungspinnwand dient ausschließlich der Erleichterung des Austauschs von Informationen zwischen den Registrierten Teilnehmern hinsichtlich ihres Interesses am Kauf und/oder Verkauf von langfristigen Übertragungsrechten. Über diese Mitteilungspinnwand können keine Vereinbarungen geschlossen werden. Die Nutzung der Mitteilungspinnwand ist kostenlos.
2. Sämtliche Mitteilungen, die von den Registrierten Teilnehmern über die Mitteilungspinnwand veröffentlicht werden, gelten nicht als Nachweis für das Bestehen eines gültigen und in Kraft getretenen Vertrags über die Übertragung langfristiger Übertragungsrechte.
3. Die Vergabeplattform haftet nicht für die Richtigkeit und Vollständigkeit der von den Registrierten Teilnehmern über die Mitteilungspinnwand veröffentlichten Informationen.
4. Die Vergabeplattform kann Informationen, die sie als nicht relevant für den Zweck der Mitteilungspinnwand erachtet, von der Pinnwand löschen. Im Falle einer solchen Löschung benachrichtigt die Vergabeplattform den betreffenden Registrierten Teilnehmer über die Gründe für die Löschung.

KAPITEL 7

Nutzung und Vergütung von langfristigen Übertragungsrechten

Artikel 45

Allgemeine Grundsätze

1. Physische Übertragungsrechte unterliegen dem „use-it-or-sell-it“-Prinzip.
2. Der Inhaber vergebener physischer Übertragungsrechte kann die physischen Übertragungsrechte gemäß Artikel 46 für ihre physische Nutzung nominieren. Der Inhaber vergebener finanzieller Übertragungsrechte ist nicht berechtigt, diese für die physische Lieferung zu nominieren.
3. Nominiert der Registrierte Teilnehmer seine physischen Übertragungsrechte nicht, macht die Vergabeplattform die zugrundeliegende zonenübergreifende Kapazität der nicht-nominierten physischen Übertragungsrechte für die jeweilige tägliche Vergabe verfügbar. Inhaber physischer Übertragungsrechte, die ihre physischen Übertragungsrechte nicht für die physische Nutzung nominieren oder die ihre physischen Übertragungsrechte nicht für Regelleistung reserviert haben, haben Anspruch auf eine Vergütung gemäß Artikel 48.
4. Die Inhaber finanzieller Übertragungsrechte haben Anspruch auf eine Vergütung gemäß Artikel 48.
5. Reserviert ein Inhaber langfristiger Übertragungsrechte seine physischen Übertragungsrechte für Regelleistung, wird die entsprechende zonenübergreifende Kapazität im Verfahren der Vergütungszahlung gemäß KAPITEL 7 nicht berücksichtigt. Für das Verfahren für die Mitteilung über eine solche Reservierung gelten die entsprechenden Vorschriften, wie sie gemäß der von der zuständigen Vergabeplattform veröffentlichten anwendbaren nationalen Regulierungsregelung in Kraft sind.

Artikel 46

Nominierung physischer Übertragungsrechte

1. Zur Nominierung von physischen Übertragungsrechten befugte Personen müssen die Anforderung gemäß den anwendbaren Nominierungsvorschriften erfüllen. Befugte Personen können die folgenden Personen sein:
 - (a) der Inhaber der physischen Übertragungsrechte; oder
 - (b) die Person, die der Inhaber der physischen Übertragungsrechte dem betreffenden ÜNB während des Nominierungsverfahrens gemäß den anwendbaren Nominierungsvorschriften mitgeteilt hat; oder
 - (c) die Person, die vom Inhaber der physischen Übertragungsrechte dazu befugt wurde, Nominierungen gemäß den anwendbaren Nominierungsvorschriften vorzunehmen, und die der Vergabeplattform mitgeteilt wurde.
2. Die Vergabeplattform veröffentlicht auf ihrer Website eine Übersicht der in Absatz 1 dieses Artikels genannten Optionen, die für die jeweiligen Gebotszonengrenzen gelten.
3. Bei der Mitteilung der befugten Personen gegenüber der Vergabeplattform gemäß Absatz 1 Buchstabe c dieses Artikels sind die folgenden Kriterien zu erfüllen:
 - (a) Die befugte Person verfügt über einen EIC-Code, der ihre Identifizierung im Rechedokument gestattet; und
 - (b) der Inhaber der physischen Übertragungsrechte teilt der Vergabeplattform die befugte Person über das Auktionstool und in Übereinstimmung mit den Vorschriften für das

Informationssystem bis spätestens eine (1) Stunde vor Versand des Rechedokuments für den betreffenden Tag mit.

4. Die Vergabeplattform berücksichtigt beim Versand des Rechedokuments für einen Stromlieferungstag ausschließlich Mitteilungen über befugte Personen, die die in Absatz 3 dieses Artikels genannten Kriterien erfüllen.
5. Die Nominierung hat in Übereinstimmung mit dem Rechedokument zu erfolgen.
6. Die Vergabeplattform veröffentlicht auf ihrer Website eine Liste der für die einzelnen Gebotszonengrenzen geltenden Nominierungsvorschriften.
7. Die langfristigen Nominierungsfristen für die jeweiligen Gebotszonengrenzen sind in den anwendbaren Nominierungsvorschriften niedergelegt. Die Vergabeplattform veröffentlicht auf ihrer Website Informationen zu den langfristigen Nominierungsfristen je Gebotszonengrenze. Im Falle von Widersprüchen zwischen den von der Vergabeplattform veröffentlichten Fristen und den in den gültigen und rechtlich bindenden jeweiligen Nominierungsvorschriften genannten Fristen sind Letztgenannte maßgeblich, und die Vergabeplattform übernimmt keinerlei Haftung für Schäden aufgrund solcher Widersprüche.

Artikel 47 **Rechedokument**

1. Das Rechedokument enthält die Informationen zur Menge in MW, die befugte Personen an spezifischen Gebotszonengrenzen oder für Teilmengen von Interkonnektoren von Gebotszonengrenzen und für Richtungen bzw. im Falle physischer Übertragungsrechte für Stundenzeiträume nominieren können. Im Falle finanzieller Übertragungsrechte mit Option enthält das Rechedokument die Informationen zur Menge in MW an spezifischen Gebotszonengrenzen oder für Teilmengen von Interkonnektoren von Gebotszonengrenzen und für Richtungen bzw. für Stundenzeiträume, für die der Inhaber Anspruch auf eine finanzielle Vergütung gemäß Artikel
2. 48 hat. Im Falle finanzieller Übertragungsrechte mit Obligation enthält das Rechedokument die Informationen zur Menge in MW an spezifischen Gebotszonengrenzen und für Richtungen bzw. für Stundenzeiträume, für die der Inhaber eine Berechtigung für bzw. Verpflichtung zur finanziellen Vergütung gemäß Artikel 48 hat. Die Vergabeplattform sendet das Rechedokument täglich bis spätestens 13:00 Uhr am zweiten (2.) Tag nach dem Lieferdatum über das Auktionstool an die befugte Person gemäß Artikel 46 Absatz 1 Buchstabe a und/oder Buchstabe c.

Artikel 48 **Vergütung für Inhaber langfristiger Übertragungsrechte für nicht-nominierte physische Übertragungsrechte und finanzielle Übertragungsrechte**

1. Die Vergabeplattform vergütet die Inhaber langfristiger Übertragungsrechte für die langfristigen Übertragungsrechte, die im Rahmen der betreffenden täglichen Vergabe neu vergeben werden. Die Vergabeplattform vergütet die Inhaber langfristiger Übertragungsrechte im Falle physischer Übertragungsrechte für jedes MW, das nicht für den betreffenden Stundenzeitraum nominiert wurde, und im Falle finanzieller Übertragungsrechte für alle vergebenen MW pro betreffendem Stundenzeitraum. Die Vergütung wird im Falle physischer Übertragungsrechte als Differenz zwischen den im Rechedokument angegebenen Mengen und den endgültig nominierten und vom betreffenden ÜNB angenommenen Mengen und im Falle finanzieller Übertragungsrechte als Produkt der im Rechedokument angegebenen Mengen und des Preises, der von der Art der Day-Ahead-Vergabe abhängig ist, berechnet, wobei folgende Bedingungen gelten:

- (a) Im Falle einer impliziten Day-Ahead-Vergabe, darin eingeschlossen die Anwendung eines Ausweichverfahrens für die implizite Day-Ahead-Vergabe, wird als Preis nur die Marktpreisdifferenz an der betreffenden Gebotszonengrenze für den betreffenden Stundenzeitraum zugrunde gelegt, falls die Preisdifferenz in der Richtung der langfristigen Übertragungsrechte bei der impliziten Day-Ahead-Vergabe, in deren Rahmen die betreffende zonenübergreifende Kapazität neu vergeben wurde, positiv ist oder 0 €/MWh beträgt. Sofern dies in den jeweiligen regionalen oder grenzspezifischen Anhängen festgelegt ist, kann dieser Preis angepasst werden, um Vergabebeschränkungen an Interkonnektoren zwischen Gebotszonengrenzen gemäß Artikel 23 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2015/1222 widerzuspiegeln, sofern diese Vergabebeschränkungen im Verfahren für die Day-Ahead-Vergabe zonenübergreifender Kapazität vorgesehen sind.
- (b) im Falle einer expliziten Day-Ahead-Vergabe, die sich von einem Ausweichverfahren für die implizite Vergabe von physischen Übertragungsrechten unterscheidet, wird als Preis der Grenzpreis für den betreffenden Stundenzeitraum der täglichen Auktion, in deren Rahmen das betreffende physische Übertragungsrecht neu vergeben wurde, zugrunde gelegt; und
- (c) im Falle der Anwendung eines Ausweichverfahrens für die implizite oder explizite Vergabe, für die kein Bezugspreis für den täglichen Vergabezeitbereich berechnet wird, wird als Preis der Grenzpreis der ursprünglichen Auktion zugrunde gelegt.

Im Falle finanzieller Übertragungsrechte mit Obligation sind die Inhaber dieser langfristigen Übertragungsrechte dazu verpflichtet die Vergabeplattform zu vergüten, falls die Preisdifferenz in Richtung der finanziellen Übertragungsrechte mit Obligation negativ ist. Die Vergütung berechnet sich aus der Menge der finanziellen Übertragungsrechte mit Obligation wie im Rechtedokument angegeben, multipliziert mit dem Preis, der gemäß den Prinzipien des Absatz 1 berechnet wurde, unter Berücksichtigung der negativen Preisdifferenz.

- 2. Die Vergabeplattform zahlt dem Inhaber langfristiger Übertragungsrechte für die finanziellen Übertragungsrechte und nicht-nominierten physischen Übertragungsrechte, die im Rahmen der betreffenden täglichen Vergabe nicht neu vergeben werden, gemäß KAPITEL 9 im Falle des Eintretens eines der in Artikel 56 aufgeführten auslösenden Ereignisse einen Ausgleich.
- 3. Die Vergabeplattform zahlt dem Inhaber langfristiger Übertragungsrechte gemäß Artikel 59 Absatz 1 Buchstaben a und b für finanzielle Übertragungsrechte mit Option und nicht-nominierte physische Übertragungsrechte, die im Rahmen der betreffenden täglichen Vergabe aus anderen als den in Absatz 2 dieses Artikels genannten Gründen nicht neu vergeben werden, einen Ausgleich.

KAPITEL 8

Ausweichverfahren

Artikel 49

Allgemeine Bestimmungen

1. Die Vergabeplattform organisiert, soweit wie angemessen praktikabel, ein Ausweichverfahren, wenn einer der folgenden Fälle des Versagens eines Standardverfahrens eintritt:
 - (a) falls es technisch nicht möglich ist, eine Auktion gemäß dem in KAPITEL 4 beschriebenen Verfahren abzuhalten;
 - (b) falls es technisch nicht möglich ist, eine Rückgabe von langfristigen Übertragungsrechten gemäß dem in KAPITEL 5 beschriebenen Verfahren zu registrieren;
 - (c) falls es technisch nicht möglich ist, eine Mitteilung über die Übertragung langfristiger Übertragungsrechte gemäß dem in KAPITEL 6 beschriebenen Verfahren zu registrieren; und
 - (d) falls es technisch nicht möglich ist, eine Mitteilung über eine befugte Person gemäß dem in KAPITEL 7 beschriebenen Verfahren zu registrieren.
2. Die Vergabeplattform kann eines oder alle der folgenden Ausweichverfahren anwenden:
 - (a) Durchführung eines Ausweichverfahrens für den Datenaustausch gemäß Artikel 50;
 - (b) Verlegung der Auktion auf ein späteres Datum/eine spätere Uhrzeit;
 - (c) ein anderes Ad-hoc-Ausweichverfahren, falls dieses von der Vergabeplattform als zur Lösung der technischen Probleme angemessen erachtet wird.
3. Die Vergabeplattform setzt die Registrierten Teilnehmer, soweit praktikabel, umgehend per E-Mail, über die Website der Vergabeplattform und über das Auktionstool über mögliche Abweichungen von den Standardverfahren und die Anwendung eines Ausweichverfahrens in Kenntnis.
4. Die Registrierten Teilnehmer sind verpflichtet, die Vergabeplattform per E-Mail umgehend über sämtliche festgestellten Probleme bei der Nutzung des Auktionstools und sämtliche potenziellen Auswirkungen in Kenntnis zu setzen. Bei dringenden Problemen, die der umgehenden Lösung bedürfen und die während der Arbeitszeit festgestellt werden, hat der Registrierte Teilnehmer die Vergabeplattform umgehend telefonisch unter der auf der Website der Vergabeplattform für diese Art von Problemen angegebenen Telefonnummer zu informieren.

Artikel 50

Ausweichverfahren für den Datenaustausch

1. Im Falle eines sich auf Seiten der Vergabeplattform ereignenden Versagens des Standardverfahrens für den Datenaustausch über das Auktionstool gemäß diesen Vergabevorschriften kann die Vergabeplattform die Registrierten Teilnehmer in Kenntnis setzen, dass ein Ausweichverfahren für den Datenaustausch wie folgt angewandt werden kann:
 - (a) Sofern nicht anderweitig von der Vergabeplattform mitgeteilt, beantragt der Registrierte Teilnehmer innerhalb der anwendbaren Fristen per E-Mail an die Vergabeplattform, dass die Vergabeplattform die relevanten Daten unter Anwendung dieses Ausweichverfahrens für den Datenaustausch in das Auktionstool eingibt;
 - (b) zusammen mit dem Antrag übermittelt der Registrierte Teilnehmer der Vergabeplattform die in das Auktionstool einzugebenden Daten in dem in den Vorschriften für das Informationssystem angegebenen Format;
 - (c) die Vergabeplattform gibt die eingereichten Daten in das Auktionstool ein;
 - (d) die Vergabeplattform kann in den Vorschriften für das Informationssystem einen Identifizierungsprozess festlegen, der für den Zeitpunkt gilt, an dem der Registrierte

- Teilnehmer die relevanten operationellen oder gewerblichen Daten übermittelt und bei der Vergabeplattform beantragt, diese Daten in seinem Namen unter Anwendung des Ausweichverfahrens in das Auktionstool einzugeben. Identifiziert sich der Registrierte Teilnehmer oder die vom Registrierten Teilnehmer zu diesem Zweck beauftragte Person nicht eindeutig, ist die Vergabeplattform berechtigt, die Dateneingabe nicht auszuführen;
- (e) der Registrierte Teilnehmer übermittelt der Vergabeplattform eine Telefonnummer, die für die erforderliche Kommunikation genutzt werden kann;
 - (f) sobald die Vergabeplattform die übermittelten Daten im Namen des Registrierten Teilnehmers in das Auktionstool eingegeben hat, setzt die Vergabeplattform den Registrierten Teilnehmer umgehend telefonisch und/oder per E-Mail über die Eingabe in Kenntnis; und
 - (g) die Vergabeplattform ist in keinem Fall haftbar, falls sie den Registrierten Teilnehmer über die oben genannten Kommunikationswege nicht erreichen kann.
2. Im Falle der Anwendung des Ausweichverfahrens für den Datenaustausch können sämtliche erforderlichen Informationen, die im Rahmen des Standardverfahrens über das Auktionstool verfügbar gemacht werden, von der Vergabeplattform per E-Mail an die Registrierten Teilnehmer weitergegeben werden oder, sofern angemessen, auf der Website der Vergabeplattform veröffentlicht werden.

Artikel 51

Ausweichverfahren für Auktionen

1. Die Verlegung der Auktion ist, sofern die Gebotsfrist noch nicht eröffnet wurde, das Standardausweichverfahren für Auktionen. Die Vergabeplattform kann eine Auktion verlegen, indem sie den Registrierten Teilnehmern das Datum und/oder die Uhrzeit der neuen Auktion mitteilt.
2. Nach Eröffnung der Gebotsfrist wird die Vergabeplattform:
 - (a) die Gebotsfrist, soweit angemessener Weise praktikabel, verlängern, indem sie die Registrierten Teilnehmer über die Änderung der in der Auktionsspezifikation angegebenen Fristen in Kenntnis setzt; oder
 - (b) die ursprüngliche Auktion gemäß Artikel 52 absagen und eine neue Auktion für die gleiche Produktphase organisieren.
3. Falls das in den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels beschriebene Ausweichverfahren nicht für die gleiche Produktphase angewendet werden kann, werden die betreffenden zonenübergreifenden Kapazitäten im nachfolgenden Kapazitätsvergabeverfahren angeboten.
4. Die Vergabeplattform setzt alle Registrierten Teilnehmer ohne ungebührliche Verzögerung durch Mitteilung über das Auktionstool und/oder auf der Website der Vergabeplattform und/oder per E-Mail über die Verlegung der Auktion in Kenntnis.

Artikel 52

Absage von Auktionen

1. Sagt die Vergabeplattform eine Auktion ab, sind sämtliche bereits abgegebenen Gebote, sämtliche bereits angenommenen Rückgaben sowie sämtliche Ergebnisse der betreffenden Auktion nichtig.
2. Die Vergabeplattform setzt alle Registrierten Teilnehmer ohne ungebührliche Verzögerung durch Mitteilung über das Auktionstool oder auf der Website der Vergabeplattform sowie per E-Mail über die Absage der Auktion in Kenntnis.
3. Auktionsabsagen können in folgenden Fällen angekündigt werden:

- (a) vor dem Ende der Einspruchsfrist, falls bei der Vergabeplattform technische Probleme im Auktionsverfahren auftreten, z. B. der Ausfall von Standardverfahren und Ausweichverfahren, oder im Falle fehlerhafter Ergebnisse aufgrund der fehlerhaften Berechnung des Grenzpreises oder im Falle der fehlerhaften Vergabe langfristiger Übertragungsrechte an Registrierte Teilnehmer oder in ähnlichen Fällen; und
 - (b) nach dem Ende der Einspruchsfrist im Falle fehlerhafter Ergebnisse aufgrund der fehlerhaften Berechnung des Grenzpreises oder im Falle der fehlerhaften Vergabe langfristiger Übertragungsrechte an Registrierte Teilnehmer oder in ähnlichen Fällen.
- 4. Im Falle einer Absage der Auktion vor dem Ende der Einspruchsfrist wird den Registrierten Teilnehmern kein Ausgleich gezahlt.
- 5. Die Vergabeplattform veröffentlicht auf ihrer Website ohne ungebührliche Verzögerung die Gründe für die Absage der Auktion.

Artikel 53

Ausweichverfahren für die Rückgabe langfristiger Übertragungsrechte

1. Im Falle des Versagens des Standardverfahrens für die Registrierung der Rückgabe langfristiger Übertragungsrechte über das Auktionstool gemäß KAPITEL 5 kann die Vergabeplattform das Ausweichverfahren für den Datenaustausch gemäß Artikel 50 anwenden.
2. Die Vergabeplattform veröffentlicht die Informationen zur Möglichkeit der Anwendung des Ausweichverfahrens für den Datenaustausch rechtzeitig vor dem Ende der Frist für die Rückgabe langfristiger Übertragungsrechte.
3. Falls das Ausweichverfahren für den Datenaustausch nicht wie notwendig, um die Registrierung der Rückgabe langfristiger Übertragungsrechte zu ermöglichen, durchgeführt werden kann, werden sämtliche bereits eingereichten Anträge auf Rückgabe langfristiger Übertragungsrechte, die nicht im Auktionstool registriert werden können, automatisch storniert.

Artikel 54

Ausweichverfahren für die Übertragung langfristiger Übertragungsrechte

1. Im Falle des Versagens des Standardverfahrens für die Registrierung der Übertragung langfristiger Übertragungsrechte über das Auktionstool gemäß KAPITEL 6 kann die Vergabeplattform das Ausweichverfahren für den Datenaustausch gemäß Artikel 50 anwenden.
2. Die Vergabeplattform veröffentlicht die Informationen zur Möglichkeit der Anwendung des Ausweichverfahrens für den Datenaustausch rechtzeitig vor dem Ende der Frist für die Übertragung langfristiger Übertragungsrechte.
3. Falls das Ausweichverfahren für den Datenaustausch nicht wie notwendig, um die Registrierung der Übertragung langfristiger Übertragungsrechte zu ermöglichen, durchgeführt werden kann, werden sämtliche bereits eingereichten und vom Übernehmenden noch nicht bestätigten Anträge auf Übertragung langfristiger Übertragungsrechte automatisch storniert.

Artikel 55

Ausweichverfahren für die Mitteilung befugter Personen

1. Im Falle des Versagens des Standardverfahrens für die Mitteilung befugter Personen an die Vergabeplattform über das Auktionstool gemäß KAPITEL 6 kann die Vergabeplattform das Ausweichverfahren für den Datenaustausch gemäß Artikel 50 anwenden.

2. Die Vergabepattform veröffentlicht die Informationen zur Möglichkeit der Anwendung des Ausweichverfahrens für den Datenaustausch rechtzeitig vor dem Ende der Frist für die Mitteilung befugter Personen.
3. Falls das Ausweichverfahren für den Datenaustausch nicht wie notwendig, um die Registrierung der befugten Person zu ermöglichen, durchgeführt werden kann, gilt die befugte Person als gemäß den Vorschriften für das Informationssystem mitgeteilt.

KAPITEL 9

Kürzungen

Artikel 56

Auslösende Ereignisse für die und Folgen der Kürzung langfristiger Übertragungsrechte

1. Langfristige Übertragungsrechte können unabhängig von ihrer Produktphase in Fällen höherer Gewalt oder um sicherzustellen, dass der Betrieb innerhalb der Betriebssicherheitsgrenzwerte bleibt, vor dem Day-Ahead-Verbindlichkeitszeitpunkt gekürzt werden.
2. Gekürzt werden können vergebene langfristige Übertragungsrechte, darin eingeschlossen, sofern zutreffend, nominierte physische Übertragungsrechte.
3. Langfristige Übertragungsrechte können in Fällen höherer Gewalt oder in Notfällen gemäß Artikel 72 der Verordnung (EU) 2015/1222 der Kommission nach dem Day-Ahead-Verbindlichkeitszeitpunkt gekürzt werden. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass langfristige Übertragungsrechte, die nach dem Day-Ahead-Verbindlichkeitszeitpunkt gekürzt werden, in gleicher Weise wie Day-Ahead- und Intraday-Kapazität gekürzt und in Übereinstimmung mit dem anwendbaren Recht ausgeglichen werden.
4. Im Falle physischer Übertragungsrechte verlieren die von einer Kürzung betroffenen Registrierten Teilnehmer ihr Recht auf Übertragung oder Rückgabe der betreffenden physischen Übertragungsrechte und zur Nominierung der betreffenden physischen Übertragungsrechte zur physischen Nutzung sowie ihren Anspruch auf Vergütung gemäß dem „use-it-or-sell-it“-Prinzip. Im Falle finanzieller Übertragungsrechte verlieren die von einer Kürzung betroffenen Registrierten Teilnehmer ihr Recht auf Übertragung oder Rückgabe der betreffenden finanziellen Übertragungsrechte sowie ihren Anspruch auf Vergütung gemäß Artikel 48.
5. Im Falle einer Kürzung hat der betroffene Registrierte Teilnehmer Anspruch auf eine Vergütung oder Ausgleichszahlung gemäß Artikel 59 bis Artikel 60 sowie gegebenenfalls gemäß Artikel 61.

Artikel 57

Verfahren für und Benachrichtigung über Kürzungen

1. In jedem Fall wird die Kürzung von der Vergabeplattform auf Grundlage eines Antrags von einem oder mehreren ÜNB an der Gebotszonengrenze, wo die langfristigen Übertragungsrechte vergeben wurden, durchgeführt.
2. Die Vergabeplattform setzt die betroffenen Inhaber langfristiger Übertragungsrechte schnellstmöglich per E-Mail und über die Website der Vergabeplattform über die Kürzung der langfristigen Übertragungsrechte sowie über das auslösende Ereignis in Kenntnis. In der Mitteilung sind die betroffenen langfristigen Übertragungsrechte, die betroffene Menge in MW pro Stunde für die einzelnen betroffenen Phasen, die auslösenden Ereignisse für die Kürzung gemäß Artikel 56 sowie die Menge der nach der Kürzung verbleibenden langfristigen Übertragungsrechte anzugeben.
3. Die Vergabeplattform veröffentlicht auf ihrer Website schnellstmöglich die auslösenden Ereignisse für Kürzungen gemäß Artikel 56 sowie deren voraussichtliche Dauer.
4. Die Kürzung von langfristigen Übertragungsrechten der betroffenen Phasen erfolgt anteilmäßig, d. h. im Verhältnis zu den gehaltenen langfristigen Übertragungsrechten und unabhängig vom Zeitpunkt der Vergabe.

5. Im Falle von Kürzungen physischer Übertragungsrechte nach der Nominierungsfrist, aber vor Neuvergabe der Kapazität im Rahmen der Day-Ahead-Vergabe gilt die Kürzung anteilmäßig für sowohl nominierte als auch nicht-nominierte physische Übertragungsrechte.
6. Die Vorschriften für Ausgleichszahlungen gemäß Artikel 59 bis Artikel 60 sowie gegebenenfalls gemäß Artikel 61 gelten auch, wenn angebotene zonenübergreifende Day-Ahead-Kapazitäten im Falle physischer Übertragungsrechte unter der Menge der nicht-nominierten langfristigen Übertragungsrechte liegen bzw. im Falle finanzieller Übertragungsrechte unter der Gesamtmenge der langfristigen Übertragungsrechte liegen.
7. Die übrigbleibenden, ungekürzten langfristigen Übertragungsrechte der betroffenen Registrierten Teilnehmer werden auf das nächstniedrigere MW abgerundet. Selbiges Rundungsverfahren gilt für die Kürzung sowohl nominierte als auch nicht-nominierte physischer Übertragungsrechte gemäß Absatz 4 dieses Artikels.
8. Im Falle von Kürzungen wird jede noch nicht vom Übernehmenden angenommene Übertragung der zu kürzenden langfristigen Übertragungsrechte automatisch storniert und der Übertragende bleibt Inhaber der betreffenden langfristigen Übertragungsrechte. Wurde die Übertragung der Vergabepattform bereits mitgeteilt und vom Übernehmenden angenommen, wird dem Übernehmenden die Ausgleichszahlung oder die Vergütung für die gekürzten langfristigen Übertragungsrechte gezahlt.
9. Die Vergabepattform storniert sämtliche Mitteilungen über die Rückgabe langfristiger Übertragungsrechte, die für eine nachfolgende langfristige Auktion angenommen wurden, für die eine Kürzung notwendig ist und für die noch keine endgültige Auktionsspezifikation veröffentlicht wurde. Mit dieser Stornierung werden die langfristigen Übertragungsrechte zurück an die Inhaber gegeben, die die Rückgabe ihrer langfristigen Übertragungsrechte beantragt hatten. Wurde die endgültige Auktionsspezifikation bereits veröffentlicht, wird die Rückgabe nicht storniert und dem Inhaber der zurückgegebenen langfristigen Übertragungsrechte wird die Ausgleichszahlung oder die Vergütung für die gekürzten langfristigen Übertragungsrechte gezahlt.

Artikel 58

Day-Ahead-Verbindlichkeitszeitpunkt

Die Vergabepattform veröffentlicht auf ihrer Website den Day-Ahead-Verbindlichkeitszeitpunkt und berücksichtigt diesen bei der Berechnung der Ausgleichszahlung für gekürzte langfristige Übertragungsrechte, wobei der Day-Ahead-Verbindlichkeitszeitpunkt zum Zwecke dieser Vergabevorschriften, sofern nicht anderweitig gemäß Artikel 69 der Verordnung (EU) 2015/1222 der Kommission spezifiziert, definiert wird als der Zeitpunkt sechzig (60) Minuten vor der jeweiligen Schließung der Day-Ahead-Auktion.

Artikel 59

Ausgleichszahlung für Kürzungen vor dem Day-Ahead-Verbindlichkeitszeitpunkt, die durchgeführt werden, um sicherzustellen, dass der Betrieb innerhalb der Betriebssicherheitsgrenzwerte bleibt

1. Im Falle von Kürzungen, die vor dem Day-Ahead-Verbindlichkeitszeitpunkt durchgeführt werden, um sicherzustellen, dass der Betrieb innerhalb der Betriebssicherheitsgrenzwerte bleibt, wird die Ausgleichszahlung für jede betroffene Stunde und jeden betroffenen Registrierten Teilnehmer berechnet als die langfristigen Übertragungsrechte in MW pro Stunde, die der Differenz zwischen den vom Registrierten Teilnehmer vor und nach der Kürzung gehaltenen vergebenen langfristigen Übertragungsrechten entsprechen, multipliziert mit einem wie folgt berechneten Preis:
 - (a) der Marktpreisdifferenz an der betreffenden Gebotszonengrenze für den betreffenden Stundenzeitraum, jedoch ausschließlich falls die Preisdifferenz in der Richtung der gekürzten langfristigen Übertragungsrechte positiv ist oder 0€/MWh beträgt. Sofern dies in den entsprechenden Anhängen dieser Vergabevorschriften festgelegt ist, kann dieser Preis

angepasst werden, um Vergabebeschränkungen an Interkonnektoren zwischen Gebotszonengrenzen im Sinne von Artikel 23 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2015/1222 der Kommission widerzuspiegeln, sofern diese Vergabebeschränkungen im Verfahren für die Day-Ahead-Vergabe zonenübergreifender Kapazität vorgesehen sind. Die Richtung des gekürzten langfristigen Übertragungsrechts wird bestimmt durch den Bestimmungsort und den Ursprung der Gebotszonen gemäß Definition in der Auktionsspezifikation des betreffenden langfristigen Übertragungsrechts; oder

- (b) dem Grenzpreis der ursprünglichen Auktion, falls der Day-Ahead-Preis nicht mindestens in einer oder zwei relevanten Gebotszone(n) berechnet wird.
2. Sofern dies in den entsprechenden Anhängen dieser Vergabevorschriften festgelegt ist, gilt für Ausgleichszahlungen an den jeweiligen Gebotszonengrenzen eine Obergrenze. Die Obergrenze wird berechnet, indem von der Summe der von den betroffenen ÜNB im betreffenden Kalenderjahr an der betreffenden Gebotszonengrenze erzielten Engpasserlöse sämtliche Vergütungen, die gemäß Artikeln 40 und 48 gezahlt wurden, sowie sämtliche Ausgleichszahlungen, die gemäß Artikel 60 und gegebenenfalls Artikel 61 gezahlt wurden, abgezogen werden.
 3. Im Falle von Gleichstrominterkonnektoren wird die Obergrenze berechnet, indem von der Summe der von den betroffenen ÜNB im betreffenden Monat an der betreffenden Gebotszonengrenze erzielten Engpasserlöse sämtliche Vergütungen, die gemäß Artikeln 40 und 48 für den betreffenden Monat gezahlt wurden, sowie sämtliche Ausgleichszahlungen, die gemäß Artikel 60 und gegebenenfalls Artikel 61 für den betreffenden Monat gezahlt wurden, abgezogen werden. Die Summe der in einem Monat erzielten Engpasserlöse ist definiert als die Summe aus einem Zwölftel des bei der jährlichen Auktion und der monatlichen Auktion an der betreffenden Gebotszonengrenze erzielten Erlöses und des Engpasserlöses aus anderen Zeitbereichen während dieses Monats an der betreffenden Gebotszonengrenze.
 4. Falls die berechneten Gesamtausgleichszahlungen für gekürzte langfristige Übertragungsrechte vor Anwendung der entsprechenden Obergrenze gemäß Absatz 2 dieses Artikels die entsprechende Obergrenze überschreiten, werden die Ausgleichszahlungen für gekürzte langfristige Übertragungsrechte anteilmäßig herabgesetzt. Dies erfolgt auf Grundlage des den einzelnen Registrierten Teilnehmern für die betreffende Phase (Kalendermonat oder -jahr) zustehenden Anteils an Ausgleichszahlungen für ungedeckelte vergebene langfristige Übertragungsrechte. Die den einzelnen Registrierten Teilnehmern zustehenden Ausgleichszahlungen werden wie folgt berechnet:
$$\left[\frac{\text{[(dem Registrierten Teilnehmer zustehende ungedeckelte Ausgleichszahlungen für gekürzte langfristige Übertragungsrechte)]}}{\text{[allen Registrierten Teilnehmern zustehende ungedeckelte Gesamtausgleichszahlungen für gekürzte Übertragungsrechte]}} \right] \times \text{(anwendbare Obergrenze gemäß Absatz 2 dieses Artikels)}$$

Artikel 60

Vergütung für Kürzungen aufgrund höherer Gewalt vor dem Day-Ahead-Verbindlichkeitszeitpunkt

1. In Fällen höherer Gewalt, die sich vor dem Day-Ahead-Verbindlichkeitszeitpunkt ereignen, haben Inhaber gekürzter langfristiger Übertragungsrechte Anspruch auf eine Vergütung in Höhe des Preises der langfristigen Übertragungsrechte, der während des Verfahrens der Vergabe der langfristigen Übertragungsrechte festgelegt wurde und der pro betroffener Stunde und registriertem Teilnehmer wie folgt berechnet wird:
 - (a) der Grenzpreis der ursprünglichen Auktion; oder
 - (b) für den Fall, dass der Grenzpreis der ursprünglichen Auktion nicht ermittelt werden kann, als der gewichtete Durchschnitt der Grenzpreise aller Auktionen, für die der Registrierte Teilnehmer langfristige Übertragungsrechte hält, wobei besonderes Gewicht auf den

langfristigen Übertragungsrechten liegt, die der Registrierte Teilnehmer vor der Kürzung gehalten hat; multipliziert mit

- (c) der Menge in MW pro Stunde, die der Differenz zwischen den vom Registrierten Teilnehmer vor und nach der Kürzung gehaltenen langfristigen Übertragungsrechten entspricht.

Artikel 61

Vergütung oder Ausgleich für Kürzungen aufgrund höherer Gewalt oder in Notfällen nach dem Day-Ahead-Verbindlichkeitszeitpunkt

In Fällen höherer Gewalt oder in Notfällen, die sich nach dem Day-Ahead-Verbindlichkeitszeitpunkt ereignen, haben Inhaber langfristiger Übertragungsrechte Anspruch auf eine Vergütung im Sinne von Artikel 72 der Verordnung (EU) 2015/1222 der Kommission.

KAPITEL 10

Rechnungsstellungs- und Zahlungsbedingungen

Artikel 62

Allgemeine Grundsätze

1. Registrierte Teilnehmer sind zur Zahlung der gemäß Artikel 63 berechneten fälligen Beträge für alle an sie vergebenen langfristigen Übertragungsrechte verpflichtet. Diese Pflicht gilt ungeachtet etwaiger Rückgaben oder Übertragungen oder Kürzungen sämtlicher oder einiger dieser langfristigen Übertragungsrechte in Übereinstimmung mit diesen Vergabevorschriften.
2. Der Registrierte Teilnehmer ist nach der Zahlung ausschließlich im Sinne dieser Vergabevorschriften zur Nutzung der mit den vergebenen langfristigen Übertragungsrechten verbundenen zonenübergreifenden Kapazität berechtigt. Etwaige im Falle physischer Übertragungsrechte bestehende Rechte auf physische Nutzung des Übertragungssystems unterliegen möglicherweise gesonderten Vereinbarungen zwischen dem Registrierten Teilnehmer und den betreffenden ÜNB.
3. Sämtliche finanziellen Informationen, Preise und fälligen Beträge werden in Euro (€) angegeben, es sei denn, anwendbares Recht oder geltende Vorschriften schreiben eine abweichende Angabe vor.
4. Zahlungen sind an dem Datum beglichen, an dem der betreffende Betrag dem Konto des Begünstigten gutgeschrieben wird. Etwaige Verzugszinsen gelten als an dem Datum beglichen, an dem die Zahlung vom Konto des Zahlenden abgebucht wird.
5. Zahlungen sind in Euro (€) zu leisten.
6. Die Vergabeplattform berücksichtigt Steuern und Abgaben in der Höhe und in dem Umfang, wie gemäß Artikel 64 dieser Vergabevorschriften für die Bewertung von Zahlungspflichten und die Rechnungstellung vorgesehen.
7. Der Registrierte Teilnehmer hat der Vergabeplattform bei Unterzeichnung der Teilnahmevereinbarung bzw. im Falle diesbezüglicher Änderungen umgehend die betreffenden Informationen zum Nachweis über die Anwendbarkeit bestimmter Steuern und Abgaben zu übermitteln.
8. Im Falle finanzieller Übertragungsrechte mit Obligation berechnet die Vergabeplattform über eine Clearingstelle die Vergütungsbeträge, die an die bzw. von den Inhaber(n) dieser langfristigen Übertragungsrechte zu zahlen sind. Sämtliche der Vergabeplattform für das Clearing finanzieller Übertragungsrechte mit Obligation entstehende Kosten werden den Inhabern dieser langfristigen Übertragungsrechte in Rechnung gestellt.

Artikel 63

Berechnung fälliger Beträge

1. Registrierte Teilnehmer zahlen für jedes der an sie vergebenen langfristigen Übertragungsrechte einen Betrag in Höhe von:
 - (a) dem Grenzpreis (pro MW pro Stunde); multipliziert mit
 - (b) der Summe der in einzelnen Stunden der Produktphase vergebenen langfristigen Übertragungsrechte in MW, darin eingeschlossen sämtliche etwaige Reduzierungsphasen im Sinne von Artikel 35.
2. Der fällige Betrag zuzüglich sämtlicher anwendbarer Steuern, Abgaben, Zahlungspflichten oder anderweitiger Gebühren gemäß Artikel 64 wird auf zwei Dezimalstellen gerundet.

3. Die Vergabeplattform berechnet die fälligen Zahlungen als monatliche Teilzahlungen, falls das zonenübergreifende Kapazitätsprodukt eine Produktphase von mehr als einem Monat hat.
4. Monatliche Teilzahlungen sind für jeden Monat gleich und werden berechnet, indem der in Absatz 1 dieses Artikels genannte fällige Betrag durch die in Monaten ausgedrückte und auf zwei Dezimalstellen gerundete Produktphase der zonenübergreifenden Kapazitätsprodukte dividiert wird. Die letzte Teilzahlung enthält darüber hinaus den Differenzbetrag, der sich aus der Abrundung bei den anderen monatlichen Teilzahlungen ergibt.
5. Falls das erste Zahlungsdatum für ein zonenübergreifendes Kapazitätsprodukt mit einer Produktphase von mehr als einem (1) Monat nach dem Beginn der Produktphase liegt, sind mit der ersten Zahlung zwei (2) monatliche Teilzahlungen fällig.

Artikel 64 **Bruttozinsklausel**

1. Alle Registrierten Teilnehmer haben sämtliche Zahlungen, die gemäß diesen Vergabevorschriften zu leisten sind, ohne Steuerabzüge zu leisten, es sei denn, ein Steuerabzug ist gesetzlich vorgeschrieben.
2. Sofern ein Steuerabzug seitens des Registrierten Teilnehmers gesetzlich vorgeschrieben ist, wird der vom Registrierten Teilnehmer an die Vergabeplattform zu zahlende Betrag um den Betrag erhöht, sodass (nach dem Steuerabzug) ein Betrag entsteht, der in seiner Höhe dem Betrag entspricht, der fällig gewesen wäre, wenn kein Steuerabzug vorgeschrieben gewesen wäre.
3. Absatz 2 dieses Artikels gilt nicht für der Vergabeplattform für Zahlungen im Zusammenhang mit diesen Vergabevorschriften auferlegten Steuern gemäß dem Recht am Sitz der Vergabeplattform oder, falls abweichend, gemäß dem Recht (oder mehreren Rechtsordnungen), nach dem (bzw. nach denen) die Vergabeplattform zu Steuerzwecken als ansässig behandelt wird, oder gemäß dem Recht, unter dem die Vergabeplattform zu Steuerzwecken tatsächlich oder der Betrachtung nach eine dauerhafte Niederlassung oder eine feste Geschäftseinrichtung hat, der eine Zahlung gemäß diesen Vergabevorschriften zuzuordnen ist. Absatz 2 dieses Artikels gilt im Sinne der jeweils aktuellen Fassung der Mehrwertsteuerrichtlinie 2006/112/EG nicht für Mehrwertsteuer sowie Steuern ähnlicher Art.

Artikel 65 **Rechnungsstellungs- und Zahlungsbedingungen**

1. Zahlungen sind vor Beginn der Produktphase zu leisten, sofern der Auktionszeitplan dies zulässt. Falls das zonenübergreifende Kapazitätsprodukt eine Produktphase von mehr als einem (1) Monat hat, sind die einzelnen monatlichen Teilzahlungen jeweils vor dem Beginn des jeweiligen Monats zu leisten, sofern der Auktionszeitplan dies zulässt. Kann ein fälliger Betrag für vergebene langfristige Übertragungsrechte nicht vor Beginn der Produktphase beglichen werden, wird die Zahlung zum nächsten festgelegten Rechnungsdatum geleistet.
2. Die Vergabeplattform stellt Rechnungen für Zahlungen für alle langfristigen Übertragungsrechte jeweils monatlich bis spätestens zum zehnten (10.) Arbeitstag des Monats aus.
3. Die Rechnungen werden für die folgenden Zahlungsbeträge ausgestellt:
 - (a) den Betrag der monatlichen Teilzahlung(en) im Sinne von Artikel 63 Absätze 4 und 5, falls das langfristige Übertragungsrecht eine Produktphase von mehr als einem Monat hat;
 - (b) den Betrag im Sinne von Artikel 63 Absatz 2, falls das langfristige Übertragungsrecht eine Produktphase von bis zu einem Monat hat;
 - (c) auf Verlangen des Registrierten Teilnehmers Beträge für Vorauszahlungen auf monatliche Teilzahlungen, die anderweitig mit nachfolgenden Rechnungen beglichen würden; und

- (d) sämtliche anwendbaren Steuern und Abgaben gemäß Artikel 64.
4. Die Vergabeplattform sendet die Rechnung ausschließlich per E-Mail an die E-Mail-Adresse der gemäß Artikel 9 Buchstabe h mitgeteilten Kontaktperson für finanzielle Angelegenheiten des Registrierten Teilnehmers, oder die Vergabeplattform stellt dem Registrierten Teilnehmer die Rechnung über das Auktionstool bereit. Das Rechnungsdatum ist das Datum, an dem die E-Mail gesendet wird, bzw. das Datum, an dem die Rechnung über das Auktionstool bereitgestellt wird, sofern dies während der Arbeitszeit erfolgt, bzw. andernfalls am Folgetag, sofern der Versand nach der Arbeitszeit erfolgt.
 5. Im Falle der Kürzung langfristiger Übertragungsrechte, der Rückgabe langfristiger Übertragungsrechte gemäß Artikel 40 oder der Vergütung für langfristige Übertragungsrechte gemäß Artikel 48 werden in den Rechnungen sämtliche Zahlungen berücksichtigt, die dem Registrierten Teilnehmer gutzuschreiben sind. Die dem Registrierten Teilnehmer gutzuschreibenden Zahlungen werden:
 - (a) im Wege der Selbstfakturierung beglichen, wodurch es der Vergabeplattform möglich ist, Rechnungen im Namen und Auftrag des Registrierten Teilnehmers auszustellen; und
 - (b) mit derselben Rechnung mitgeteilt, die für die Zahlungen des Registrierten Teilnehmers gemäß Absatz 3 dieses Artikels verwendet wird.
 6. Sofern dem Registrierten Teilnehmer Ausgleichszahlungen aufgrund einer Kürzung langfristiger Übertragungsrechte zustehen und diese Ausgleichszahlungen einer Obergrenze im Sinne von Artikel 59 Absatz 2 unterliegen, werden solche Ausgleichszahlungen mit der ersten Rechnung beglichen, die am Ende des betreffenden Monats ausgestellt wird, und zwar unter Berücksichtigung einer Obergrenze, die berechnet wird, indem von der Summe der von den betroffenen ÜNB im betreffenden Monat an der betreffenden Gebotszonengrenze erzielten Engpasserlöse sämtliche Vergütungen, die gemäß Artikeln 40 und 48 für den betreffenden Monat gezahlt wurden, sowie sämtliche Ausgleichszahlungen, die gemäß Artikel 60 und gegebenenfalls Artikel 61 für den betreffenden Monat gezahlt wurden, abgezogen werden. Die Summe der in einem Monat erzielten Engpasserlöse ist definiert als die Summe aus einem Zwölftel des bei der jährlichen Auktion und der monatlichen Auktion an der betreffenden Gebotszonengrenze erzielten Erlöses und des Engpasserlöses aus anderen Zeitbereichen während dieses Monats an der betreffenden Gebotszonengrenze.
 7. Nach dem Ende des betreffenden Zeitraums, über den gemäß Artikel 59 Absatz 2 Obergrenzen in Bezug auf Ausgleichszahlungen berechnet werden, wird eine Rechnung ausgestellt, in der die monatlich ausgezahlten Ausgleichszahlungen und die gemäß Artikel 59 Absatz 2 auszufehlenden Ausgleichszahlungen gegeneinander aufgerechnet werden. Gerät ein Marktteilnehmer in Zahlungsverzug, wird die Beitreibung der Kosten seitens des ÜNB in Übereinstimmung mit dem anwendbaren Recht über die zuständigen nationalen Regulierungsbehörden sichergestellt.
 8. Die fälligen Zahlungen werden unter Berücksichtigung des in Absätzen 3 und 5 dieses Artikels genannten Betrags von der Vergabeplattform saldiert.
 9. Ergibt der Saldo der in Absätzen 3 und 5 dieses Artikels genannten Zahlungen eine vom Registrierten Teilnehmer an die Vergabeplattform zu leistende Nettzahlung, hat der Registrierte Teilnehmer diesen Saldo innerhalb von fünf (5) Arbeitstagen ab Rechnungsdatum zu begleichen.
 10. Zahlungen seitens des Registrierten Teilnehmers gemäß Absatz 7 dieses Artikels werden wie folgt eingezogen:
 - (a) Gemäß dem Standardverfahren zieht die Vergabeplattform die Zahlung zum Fälligkeitsdatum automatisch vom gesonderten Geschäftskonto des Registrierten Teilnehmers ein; oder
 - (b) alternativ leistet der Registrierte Teilnehmer die Zahlung über eine nicht-automatische Überweisung unter Angabe der Rechnungsreferenz auf das auf der Rechnung angegebene Konto der Vergabeplattform.

Das Alternativverfahren kann auf Anfrage des Registrierten Teilnehmers mit Zustimmung der Vergabeplattform angewandt werden. Der Registrierte Teilnehmer hat der Vergabeplattform eine Anfrage bezüglich der Anwendung des Alternativverfahrens per E-Mail spätestens zwei (2) Arbeitstage vor dem Rechnungsdatum der nächsten Rechnung im Sinne von Absatz 2 dieses Artikels zukommen zu lassen. Sobald das Alternativverfahren vereinbart wurde, ist es so lange gültig, bis zwischen dem Registrierten Teilnehmer und der Vergabeplattform etwas Anderweitiges vereinbart wird.

11. Ergibt der Saldo der in Absätzen 3 und 5 dieses Artikels genannten Zahlungen eine von der Vergabeplattform an den Registrierten Teilnehmer zu leistende Nettozahlung, hat die Vergabeplattform diesen Saldo innerhalb von sieben (7) Arbeitstagen ab Rechnungsdatum zu begleichen, und zwar auf das Bankkonto, das der Registrierte Teilnehmer, der zum Fälligkeitsdatum Anspruch auf die Zahlung hat, im Rahmen des Beitrittsverfahrens gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe g mitgeteilt hat.
12. Nach dem Zahlungseinzug gemäß Absatz 8 dieses Artikels aktualisiert die Vergabeplattform das Kreditlimit entsprechend.
13. Im Falle einer fehlerhaften Rechnung und infolgedessen einer von der Vergabeplattform oder dem Registrierten Teilnehmer zu leistenden zusätzlichen Zahlung korrigiert die Vergabeplattform die betreffende Rechnung und ist der fällige Betrag sobald dem Registrierten Teilnehmer mitgeteilt zu begleichen.
14. Seitens der Bank des Zahlungspflichtigen erhobene Bankgebühren sind durch den Zahlungspflichtigen zu übernehmen. Seitens der Bank des Zahlungsempfängers erhobene Bankgebühren sind durch den Begünstigten zu übernehmen. Seitens einer zwischengeschalteten Bank erhobene Bankgebühren sind durch den Registrierten Teilnehmer zu übernehmen.
15. Dem Registrierten Teilnehmer ist es nicht gestattet, in Bezug auf Ansprüche gegen die Vergabeplattform, gleich ob diese Ansprüche aus einer Auktion stammen oder nicht, Beträge aufzurechnen oder geschuldete Beträge im Zusammenhang mit Pflichten aus einer Auktion zurückzuhalten. Das Recht auf Aufrechnung und das Recht auf Zurückbehaltung sind jedoch nicht ausgeschlossen, falls sich der Anspruch des Registrierten Teilnehmers gegenüber der Vergabeplattform aus einem rechtlich bindenden Urteil ergibt oder nicht angefochten wird.

Artikel 66

Streitigkeiten in Bezug auf Zahlungen

1. Registrierte Teilnehmer sind berechtigt, Einspruch gegen Rechnungsbeträge einzulegen, darin eingeschlossen sind dem Registrierten Teilnehmer gutschreibende Beträge. In diesem Fall teilt der Registrierte Teilnehmer der Vergabeplattform sobald praktikabel, jedoch in jedem Fall innerhalb von fünfzehn (15) Arbeitstagen nach Rechnungsdatum bzw. nach Gutschriftdatum per Einschreiben und E-Mail die Art der Streitigkeit und den bestrittenen Betrag mit. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Rechnung als vom Registrierten Teilnehmer angenommen.
2. Gelingt es dem Registrierten Teilnehmer und der Vergabeplattform nicht, die Streitigkeit innerhalb von zehn (10) Arbeitstagen ab der Mitteilung beizulegen, findet das Verfahren zur Streitbeilegung gemäß Artikel 70 Anwendung.
3. Streitigkeiten entbinden die Partei in keiner Weise von ihrer Pflicht zur Zahlung der fälligen Beträge im Sinne von Artikel 65.
4. Falls im Rahmen des Verfahrens zur Streitbeilegung gemäß Artikel 70 vereinbart oder entschieden wird, dass ein vom Registrierten Teilnehmer gezahlter oder empfangener Betrag nicht ordnungsgemäß zahlbar war, findet folgendes Verfahren Anwendung:

- (a) Die Vergabeplattform erstattet dem Registrierten Teilnehmer den Betrag einschließlich Zinsen, wie berechnet gemäß Artikel 62 Absatz 4, falls der vom Registrierten Teilnehmer gemäß Artikel 65 Absätze 3 und 6 gezahlte Betrag höher als der fällige Betrag war oder der von der Vergabeplattform gezahlte Betrag niedriger als der fällige Betrag war. Die Vergabeplattform leistet die Zahlung an das vom Registrierten Teilnehmer zum Zwecke dieser Vergütung gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe g mitgeteilte Bankkonto.
 - (b) Der Registrierte Teilnehmer zahlt der Vergabeplattform den Betrag einschließlich Zinsen, wie berechnet gemäß Artikel 62 Absatz 4, falls der vom Registrierten Teilnehmer gemäß Artikel 65 Absätze 3 und 6 gezahlte Betrag niedriger als der fällige Betrag war oder der von der Vergabeplattform gezahlte Betrag höher als der fällige Betrag war. Der Registrierte Teilnehmer leistet die Zahlung in Übereinstimmung mit dem in Artikel 65 Absatz 8 beschriebenen Verfahren. Nach der Zahlung aktualisiert die Vergabeplattform das Kreditlimit des Registrierten Teilnehmers im Sinne von Artikel 65 Absatz 10.
- 5. Die Zinsen, die im Falle einer Zahlung im Sinne von Absatz 4 dieses Artikels zu zahlen sind, werden ab dem ersten (1.) Tag nach dem Fälligkeitsdatum bis zu dem Datum der Erstattung des bestrittenen Betrags berechnet, darin eingeschlossen sind sämtliche gesetzlich vorgeschriebene Steuern und Abgaben.

Artikel 67

Zahlungsverzug und Zahlungsvorfall

- 1. Falls der Registrierte Teilnehmer eine Rechnung zum auf der Rechnung angegebenen Fälligkeitsdatum nicht vollständig beglichen hat, teilt die Vergabeplattform dem Registrierten Teilnehmer mit, dass ein Zahlungsvorfall registriert wird, falls der Betrag einschließlich anwendbarer Zinsen nicht innerhalb von drei (3) Arbeitstagen ab Versand der Mitteilung eingeht. Erfolgt die Zahlung nicht innerhalb der Frist, teilt die Vergabeplattform dem Registrierten Teilnehmer mit, dass ein Zahlungsvorfall registriert wurde.
- 2. Umgehend nach Registrierung des Zahlungsvorfalles kann die Vergabeplattform die Sicherheiten in Anspruch nehmen.
- 3. Im Falle eines registrierten Zahlungsvorfalles kann die Vergabeplattform die Teilnahmevereinbarung gemäß Artikel 71 und Artikel 72 aussetzen oder beenden.
- 4. Im Falle des Verzugs bei Zahlungen oder Erstattungen haben die Parteien ab dem ersten (1.) Tag nach dem Fälligkeitsdatum bis zum Zahlungseingang Zinsen über den fälligen Betrag einschließlich Steuern und Abgaben zu zahlen. Die Zinsen belaufen sich auf den höheren Betrag von:
 - (a) einem Pauschalzinsbetrag von 100 €; oder
 - (b) gemäß Artikel 5 der Richtlinie 2011/7/EU acht (8) Prozentpunkten pro Jahr über dem Referenzzinssatz, wie von den nationalen Behörden des Landes, in dem die Vergabeplattform ihren Sitz hat, offiziell veröffentlicht, aufgerundet auf den nächsten halben Prozentpunkt.

KAPITEL 11

Verschiedenes

Artikel 68

Gültigkeit und Änderung der Vergabevorschriften

1. Die Vergabevorschriften gelten unbefristet und unterliegen Änderungen gemäß Artikel 4 Absatz 12 der Verordnung (EU) 2016/1719. Die Vergabeplattform veröffentlicht die geänderten Vergabevorschriften und sendet den Registrierten Teilnehmern eine Mitteilung über die Änderung zu.
2. Die Änderung tritt an dem Datum und zu der Uhrzeit, wie in der Änderungsmitteilung genannt, in Kraft, jedoch frühestens dreißig (30) Kalendertage, nachdem die Änderungsmitteilung von der Vergabeplattform an die Registrierten Teilnehmer gesandt wurde.
3. Sofern nicht anderweitig von der Vergabeplattform erklärt, finden die geänderten Vergabevorschriften Anwendung auf sämtliche Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit diesen Vergabevorschriften, darin eingeschlossen solche Rechte und Pflichten, die vor dem Datum des Inkrafttretens der Änderung erworben wurden, deren Lieferdatum aber nach dem Inkrafttreten der Änderung liegt. Falls finanzielle Übertragungsrechte an einer Gebotszonengrenze als Ersatz für physische Übertragungsrechte eingeführt werden, können nach der Änderung in einem regional- oder grenzspezifischen Anhang Übergangsregelungen hinsichtlich der Rückgabe bereits erworbener physischer Übertragungsrechte gemäß KAPITEL 5 sowie hinsichtlich des Rechts zur Nominierung solcher physischen Übertragungsrechte gemäß KAPITEL 7 festgelegt werden.
4. Jede Änderung dieser Vergabevorschriften gilt automatisch für die zwischen der Vergabeplattform und dem Registrierten Teilnehmer geschlossene Teilnahmevereinbarung, und zwar ohne dass der Registrierte Teilnehmer eine neue Teilnahmevereinbarung unterzeichnen muss, jedoch unbeschadet des Rechts des Registrierten Teilnehmers, die Beendigung seiner Teilnahmevereinbarung in Übereinstimmung mit Artikel 72 Absatz 1 zu verlangen. Nimmt der Registrierte Teilnehmer an einer Auktion teil, nachdem er über die Änderungen und/oder Anpassungen der Vergabevorschriften informiert wurde und nachdem diese Änderungen und/oder Anpassungen der Vergabevorschriften in Kraft getreten sind, wird davon ausgegangen, dass der Registrierte Teilnehmer die geänderten, d. h. die gültige und wirksame Fassung der Vergabevorschriften angenommen hat.
5. Die Vergabevorschriften und deren grenz- und/oder regionalspezifische Anhänge werden regelmäßig mindestens alle zwei Jahre von der Vergabeplattform und den zuständigen ÜNB unter Beteiligung der Registrierten Teilnehmer überprüft. Diese alle zwei Jahre durchgeführte Prüfung berührt nicht die Befugnis der nationalen Regulierungsbehörden, jederzeit in Übereinstimmung mit geltenden Rechtsvorschriften Änderungen der Vergabevorschriften und deren Anhänge zu verlangen.
6. Diese Vergabevorschriften unterliegen dem zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens anwendbaren Recht. Im Falle von Gesetzesänderungen oder von Maßnahmen seitens befugter Behörden auf nationaler oder EU-Ebene, die Auswirkungen auf diese Vergabevorschriften und/oder deren Anhänge haben, werden diese Vergabevorschriften unbeschadet anderer Bestimmungen dieser Vergabevorschriften entsprechend und in Übereinstimmung mit Artikel 4 Absatz 12 der Verordnung (EU) 2016/1719 geändert.

Artikel 69

Haftung

1. Die Vergabeplattform und die Registrierten Teilnehmer übernehmen die alleinige Haftung für die Erfüllung sämtlicher Pflichten, die sie auf sich nehmen oder denen sie unterliegen und die sich aus oder im Zusammenhang mit den Vergabevorschriften und der Teilnahmevereinbarung ergeben.

2. Vorbehaltlich anderweitiger Bestimmungen dieser Vergabevorschriften haftet die Vergabeplattform ausschließlich für Schäden, die zurückzuführen sind auf:
 - (a) Betrug, grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz;
 - (b) Tod oder Personenschaden, der auf die Fahrlässigkeit der Vergabeplattform oder ihrer Mitarbeiter, Vertreter oder Unterauftragnehmer zurückzuführen ist.
3. Registrierte Teilnehmer stellen die Vergabeplattform sowie deren Funktionsträger, Mitarbeiter und Vertreter jetzt und für die Zukunft frei von und halten sie schadlos gegen sämtliche(n) Verluste(n) und Haftungen (einschließlich Rechtskosten) im Zusammenhang mit von ihnen verursachten Schäden, die die Genannten erleiden oder die gegen die Genannten seitens Dritter geltend gemacht werden aufgrund sämtlicher Verluste (gleich ob unmittelbar oder mittelbar), die der den Anspruch geltend Machende oder einer der Funktionsträger, Vertreter, Unterauftragnehmer oder Mitarbeiter des den Anspruch geltend Machenden im Zusammenhang mit diesen Vergabevorschriften erlitten hat.
4. Die Vergabeplattform und die einzelnen Registrierten Teilnehmer erkennen an und stimmen zu, dass sie den Vorteil aus Absatz 3 dieses Artikels für sich selbst und als Treuhänder und Vertreter ihrer Funktionsträger, Mitarbeiter und Vertreter halten.
5. Der Registrierte Teilnehmer trägt die alleinige Verantwortung für seine Teilnahme an Auktionen, darin eingeschlossen, jedoch nicht beschränkt auf die folgenden Fälle:
 - (a) der fristgerechte Eingang von Geboten und Übertragungs- und Rückgabemitteilungen seitens des Registrierten Teilnehmers;
 - (b) technisches Versagen des Informationssystems auf Seiten des Registrierten Teilnehmers, wodurch die Kommunikation über die gemäß diesen Vergabevorschriften vorgesehenen Kanäle verhindert wird.
6. Im Falle einer Vergütung im Sinne von Artikel 48 oder einer Ausgleichszahlung für eine Kürzung, die durchgeführt wird, um sicherzustellen, dass der Betrieb innerhalb der Betriebssicherheitsgrenzwerte bleibt, oder in Notfallsituationen gemäß Artikel 59 und Artikel 60 und Artikel 61 oder in Übereinstimmung mit einem regional- oder grenzspezifischen Anhang haben die Registrierten Teilnehmer keinen Anspruch auf eine über die in diesen Vergabevorschriften beschriebene Ausgleichzahlung hinausgehende Ausgleichszahlung.
7. Der Registrierte Teilnehmer haftet in Bezug auf sämtliche Sanktionen, Strafen oder Gebühren, die der Vergabeplattform aufgrund falscher steuerlicher Behandlung aufgrund von falschen oder unvollständigen Angaben des Registrierten Teilnehmers von Finanzbehörden auferlegt werden.
8. Dieser Artikel besteht auch nach Beendigung der Teilnahmevereinbarung des Registrierten Teilnehmers fort.

Artikel 70 **Beilegung von Streitigkeiten**

1. Unbeschadet der Bestimmungen in den Absätzen 6 bis 8 dieses Artikels bemühen sich die Vergabeplattform und der Registrierte Teilnehmer im Falle einer Streitigkeit zuerst in gegenseitiger Konsultation um eine gütliche Beilegung im Sinne von Absatz 2. Zu diesem Zweck sendet die die Streitigkeit beginnende Partei der anderen Partei eine Mitteilung samt Angaben zu Folgendem:
 - (a) Bestehen einer Teilnahmevereinbarung zwischen den Parteien;
 - (b) Grund für die Streitigkeit; und
 - (c) Vorschlag für ein Treffen, gleich ob physisch oder nicht, mit dem Ziel der gütlichen Beilegung der Streitigkeit.

2. Die Parteien treffen sich innerhalb von zwanzig (20) Arbeitstagen ab Mitteilung der Streitigkeit, um den Streit beizulegen. Falls keine Einigung erzielt wird oder falls innerhalb von dreißig (30) Arbeitstagen ab dem oben genannten Datum der Mitteilung keine Antwort erhalten wird, kann jede der Parteien die Sache an das Senior-Management der Parteien verweisen, um die Streitigkeit gemäß Absatz 3 beilegen zu lassen.
3. Die zur Beilegung der Streitigkeit befugten Senior-Vertreter der Vergabepattform und des Registrierten Teilnehmers treffen sich innerhalb von zwanzig (20) Arbeitstagen ab Aufforderung zum Treffen und versuchen, die Streitigkeit beizulegen. Gelingt es den Vertretern nicht, die Streitigkeit innerhalb von zwanzig (20) Arbeitstagen ab dem Treffen bzw. innerhalb einer längeren bei dem Treffen vereinbarten Frist beizulegen, ist die Streitigkeit im Rahmen eines Schiedsverfahrens im Sinne von Absatz 4 beizulegen.
4. Wird eine Streitigkeit im Sinne von Absatz 3 einem Schiedsverfahren unterworfen, kann entweder die Vergabepattform oder der Registrierte Teilnehmer der jeweils anderen Partei eine Mitteilung zukommen lassen, in der die Art der Streitigkeit und die Verweisung der Streitigkeit an ein Schiedsgericht mitgeteilt werden. Das Schiedsverfahren wird gemäß der Schiedsordnung der internationalen Handelskammer (ICC) durchgeführt. Das Schiedsverfahren wird von einem (1) Schiedsrichter durchgeführt, der in gegenseitigem Einvernehmen von den Parteien zu bestellen ist, es sei denn, eine der Parteien verlangt die Bestellung von drei (3) Schiedsrichtern. Im Falle eines (1) Schiedsrichters einigen sich die Parteien innerhalb von zwei (2) Monaten nach Mitteilung über die Verweisung an das Schiedsgericht auf den zu bestellenden Schiedsrichter. Gelingt keine Einigung wird der Schiedsrichter vom ICC-Gericht bestellt. Im Falle dreier (3) Schiedsrichter bestellen Kläger und Beklagter jeweils einen (1) Schiedsrichter. Die von den Parteien bestellten Schiedsrichter bestellen dann innerhalb von drei (3) Arbeitstagen ab Bestätigung der Bestellung des zweiten Schiedsrichters durch den Beklagten den Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Können sich die von den Parteien bestellten Schiedsrichter nicht auf einen Vorsitzenden einigen, wird der Vorsitzende vom ICC-Gericht bestellt. Sofern nicht anderweitig in der Teilnahmevereinbarung festgelegt, findet das Schiedsverfahren am Ort des Sitzes der Vergabepattform statt; es gilt das anwendbare Rechte dieser Vergabevorschriften, und die Sprache des Schiedsverfahrens ist das Englische. Die Notfallschiedsrichterbestimmungen gemäß der Schiedsordnung der internationalen Handelskammer gelten nicht; es gelten jedoch die nach anwendbarem Recht vorgesehenen einstweiligen oder Unterlassungsmaßnahmen.
5. Richtersprüche in Schiedsverfahren sind ab dem Datum ihrer Verkündung bindend für die Vergabepattform und den betreffenden Registrierten Teilnehmer. Die Vergabepattform und der Registrierte Teilnehmer sind verpflichtet, schiedsgerichtliche Richtersprüche im Zusammenhang mit Streitigkeiten umgehend umzusetzen, und beide erklären den Verzicht auf ihr Recht zur Einlegung von Berufung oder Rechtswegen irgendeiner Art bei einem Gericht oder einer anderen Rechtsbehörde, soweit ein solcher Verzicht gültig erklärt werden kann.
6. Unbeschadet der Absätze 3 und 4 dieses Artikels können die Parteien gemeinsam entscheiden, zwecks Beilegung der Streitigkeit im Zusammenhang mit diesen Vergabevorschriften anstelle eines Schiedsverfahrens ein Gerichtsverfahren einzuleiten.
7. Im Falle von Zahlungsverzug und unbeschadet der Bestimmungen in Artikel 67 und in den Absätzen 1 bis 4 dieses Artikels kann jede der Parteien gegen die andere Partei ein Gerichtsverfahren einleiten für jeden gemäß oder im Zusammenhang mit diesen Vergabevorschriften fälligen Betrag, der seit mehr als zwanzig (20) Arbeitstagen nach dem Fälligkeitsdatum noch nicht beglichen wurde.
8. Die Parteien stimmen zu, dass Verfahren gemäß Absatz 6 oder Absatz 7 vor jedes zuständige Gericht gebracht werden können. Der Registrierte Teilnehmer verzichtet hiermit unwiderruflich auf jedwede Einrede, die er jetzt oder zukünftig hinsichtlich des Gerichtsstands solcher Verfahren vor zuständigen

Gerichten haben könnte, sowie auf jedwede Einrede, dass solche Verfahren vor ein ungeeignetes Gericht gebracht wurden.

9. Unbeschadet der Unterwerfung von Streitigkeiten unter eine gütliche Einigung, die Beilegung durch Sachverständige oder ein Schiedsverfahren gemäß diesem Artikel haben die Vergabeplattform und der Registrierte Teilnehmer ihre jeweiligen Pflichten gemäß diesen Vergabevorschriften und der Teilnahmevereinbarung weiterhin zu erfüllen.
10. Dieser Artikel besteht auch nach Beendigung der Teilnahmevereinbarung des Registrierten Teilnehmers fort.

Artikel 71

Aussetzung der Teilnahmevereinbarung

1. Die Vergabeplattform kann die Rechte des Registrierten Teilnehmers im Zusammenhang mit diesen Vergabevorschriften durch Mitteilung an den Registrierten Teilnehmer vorübergehend und mit sofortiger Wirkung aussetzen, falls sich der Registrierte Teilnehmer eines der folgenden wesentlichen Verstöße gegen eine Pflicht im Zusammenhang mit diesen Vergabevorschriften schuldig macht und dies möglicherweise schwerwiegende Auswirkungen für die Vergabeplattform hat:
 - (a) Der Registrierte Teilnehmer versäumt, einen gemäß Artikel 67 fälligen, der Vergabeplattform ordnungsgemäß zustehenden Betrag zu zahlen;
 - (b) der Registrierte Teilnehmer bietet nicht die Sicherheiten gemäß Artikel 25 und erhält diese nicht aufrecht;
 - (c) jeder Verstoß mit möglicherweise erheblichen finanziellen Auswirkungen für die Vergabeplattform;
 - (d) die Vergabeplattform hat hinreichend Grund, anzunehmen, dass der Registrierte Teilnehmer eine oder mehrere der Bedingungen für die Teilnahme an Auktionen gemäß diesen Vergabevorschriften nicht mehr erfüllt, außer im Falle der Beendigung gemäß Artikel 72.
2. Im Falle eines leichten Verstoßes in Bezug auf diese Vergabevorschriften, darin eingeschlossen, jedoch nicht beschränkt auf das Versäumnis des Registrierten Teilnehmers, eine Änderung bei eingereichten Informationen gemäß Artikel 9 mitzuteilen, kann die Vergabeplattform den Registrierten Teilnehmer durch entsprechende Mitteilung darüber in Kenntnis setzen, dass seine Rechte im Zusammenhang mit diesen Vergabevorschriften ausgesetzt werden, es sei denn, der Registrierte Teilnehmer heilt den Aussetzungsgrund innerhalb der in der Mitteilung angegebenen Frist. Die Aussetzung tritt in Kraft, sobald die in der Mitteilung genannte Frist abgelaufen ist, ohne dass eine Heilung stattgefunden hat. Nach Inkrafttreten der Aussetzung in Übereinstimmung mit den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels ist der Registrierte Teilnehmer nicht länger zur Teilnahme an Auktionen oder an der Übertragung oder Rückgabe von langfristigen Übertragungsrechten berechtigt, und sofern die Zahlung für die langfristigen Übertragungsrechte von dem von der Aussetzung betroffenen Registrierten Teilnehmer nicht in voller Höhe geleistet oder nicht durch Sicherheiten gesichert wurde, ist der von der Aussetzung betroffene Registrierte Teilnehmer nicht zur Nutzung langfristiger Übertragungsrechte im Sinne von KAPITEL 7 berechtigt. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass die langfristigen Übertragungsrechte, die der Registrierte Teilnehmer aufgrund der Aussetzung nicht mehr nutzen darf, von der Vergabeplattform bei nachfolgenden Auktionen angeboten werden können und dass die Vergabeplattform für diese langfristigen Übertragungsrechte die Vergütung gemäß Artikel 48 nicht erstatten wird.
3. Die Vergabeplattform kann eine gemäß Absätzen 1 und 2 dieses Artikels ergehende Mitteilung jederzeit zurückziehen. Die Vergabeplattform kann nach einer gemäß Absätzen 1 und 2 dieses Artikels ergangenen Mitteilung jederzeit eine weitere oder andere Mitteilung bezüglich derselben oder einer anderen Aussetzung abgeben.

4. Sobald der Registrierte Teilnehmer den ihm von der Vergabeplattform mitgeteilten Aussetzungsgrund erfüllt oder geheilt hat, stellt die Vergabeplattform die Rechte des Registrierten Teilnehmers in Bezug auf dessen Nutzung der von ihm erworbenen langfristigen Übertragungsrechte sowie seine Befugnis zur Teilnahme an Auktionen und/oder an der Übertragung oder Rückgabe von langfristigen Übertragungsrechten so schnell wie in angemessener Weise praktikabel durch schriftliche Mitteilung an den Registrierten Teilnehmer wieder her. Ab Inkrafttreten der Wiederherstellung können die langfristigen Übertragungsrechte, die vor der Aussetzung vergeben wurden und die ungenutzt bleiben, nominiert werden, sofern es sich um physische Übertragungsrechte handelt, und kann der Registrierte Teilnehmer an Auktionen und/oder der Übertragung und Rückgabe von langfristigen Übertragungsrechten teilnehmen und ist er berechtigt, gemäß Artikel 48 Vergütung für langfristige Übertragungsrechte zu erhalten.
5. Übermittelt die Vergabeplattform eine Mitteilung gemäß Absätzen 1 oder 2 dieses Artikels an einen Registrierten Teilnehmer, entbindet eine solche Mitteilung über die Aussetzung den Registrierten Teilnehmer nicht von seinen Zahlungspflichten gemäß KAPITEL 10, darin eingeschlossen seine Zahlungspflichten in Bezug auf die langfristigen Übertragungsrechte, für die der Registrierte Teilnehmer gemäß Absatz 2 sein Nutzungsrecht verliert.

Artikel 72

Beendigung der Teilnahmevereinbarung

1. Registrierte Teilnehmer können von der Vergabeplattform jederzeit die Beendigung der Teilnahmevereinbarung, der sie als Partei angehören, verlangen. Die Beendigung tritt dreißig (30) Arbeitstage, nachdem die Vergabeplattform die Mitteilung über den Wunsch zur Beendigung erhalten hat und nachdem sämtliche ausstehenden Zahlungspflichten erfüllt wurden, in Kraft.
2. Registrierte Teilnehmer können die Teilnahmevereinbarung, der sie als Partei angehören, aus berechtigtem Grund beenden, falls die Vergabeplattform sich eines der folgenden wesentlichen Verstöße gegen eine Pflicht im Rahmen dieser Vergabeplattform oder der Teilnahmevereinbarung schuldig gemacht hat:
 - (a) Die Vergabeplattform hat es wiederholt versäumt, einen fälligen, dem Registrierten Teilnehmer ordnungsgemäß zustehenden Betrag zu zahlen, und dies hat schwerwiegende finanzielle Auswirkungen;
 - (b) es liegt ein wesentlicher Verstoß gegen die Vertraulichkeitspflichten gemäß Artikel 75 vor.Der Registrierte Teilnehmer hat im Falle der Beendigung eine Mitteilung an die Vergabeplattform zu senden, in der er die Gründe für die Beendigung mitteilt und der Vergabeplattform zwanzig (20) Arbeitstage Zeit zur Heilung des Verstoßes gewährt. Sofern die Vergabeplattform den Verstoß nicht innerhalb der oben genannten Frist heilt, tritt die Beendigung mit Ablauf der Frist umgehend in Kraft. Inhaber von langfristigen Übertragungsrechten, deren Teilnahmevereinbarung gemäß diesem Absatz beendet wird, sind nicht länger verpflichtet, die verbleibenden Teilzahlungen für die langfristigen Übertragungsrechte zu zahlen, und sie haben Anspruch auf eine Erstattung in dem Umfang, dass jede Teilzahlung einen Betrag für die Nutzung nach dem Beendigungsdatum enthält, wobei die Berechnung anteilmäßig ab dem Datum des Inkrafttretens der Beendigung erfolgt.
3. Falls sich der Registrierte Teilnehmer eines der in Absatz 4 genannten Beendigungsgründe schuldig macht, ist die Vergabeplattform berechtigt, die Teilnahmevereinbarung, einschließlich der Rechte des Registrierten Teilnehmers im Zusammenhang mit diesen Vergabevorschriften, durch Mitteilung an den Registrierten Teilnehmer zu beenden. Eine Beendigung gemäß diesem Absatz tritt zum Zeitpunkt der Mitteilung bzw. zum etwaigen in der Mitteilung angegebenen späteren Zeitpunkt in Kraft. Solange die Gründe für die Beendigung fortbestehen oder nicht hinreichend sichergestellt ist, dass sich der Verstoß nicht erneut ereignet, ist der Registrierte Teilnehmer nicht zum erneuten Abschluss einer Teilnahmevereinbarung mit der Vergabeplattform berechtigt.

4. Als Beendigungsgründe im Sinne von Absatz 3 gelten die folgenden:

- (a) Die Rechte des Registrierten Teilnehmers werden für länger als dreißig (30) Arbeitstage ausgesetzt;
- (b) der Registrierte Teilnehmer erfüllt nicht die in Artikel 10 dargelegten Anforderungen zur Teilnahme an der Auktion;
- (c) der Registrierte Teilnehmer verstößt wiederholt gegen diese Vergabevorschriften oder eine Teilnahmevereinbarung, gleich ob der Verstoß heilbar ist oder nicht;
- (d) eine zuständige Behörde (i) befindet, dass der Registrierte Teilnehmer sich eines Missbrauchs oder einer betrügerischen Handlung schuldig gemacht hat und (ii) fordert die Vergabeplattform zur Beendigung der Teilnahmevereinbarung mit dem Registrierten Teilnehmer auf oder (iii) stimmt zu, dass die Vergabeplattform hinreichenden Grund hat, anzunehmen, dass der Registrierte Teilnehmer sich bei der Teilnahme an Auktionen und/oder der Übertragung/Rückgabe von langfristigen Übertragungsrechten eines Missbrauchs oder einer betrügerischen Handlung schuldig gemacht hat; oder
- (e) der Registrierte Teilnehmer hat so gehandelt, dass die Effektivität des Auktionstools beschädigt oder reduziert werden könnte (dies unter der Maßgabe, dass als solches Handeln auch Verhalten gilt, das als Angriff auf das Informationssystem gewertet werden kann, darin eingeschlossen, jedoch nicht beschränkt auf die Verweigerung des Dienstes, Spam, Viren, Brute-Force-Angriffe und Trojaner).

5. Nach Inkrafttreten der Beendigung in Übereinstimmung mit den Absätzen 1 bis 3 dieses Artikels und ab diesem Zeitpunkt ist der Registrierte Teilnehmer nicht länger zur Teilnahme an Auktionen oder an der Übertragung oder Rückgabe der von ihm erworbenen langfristigen Übertragungsrechte berechtigt. Die KAPITEL 5, 6 und 7 gelten nicht für solche erworbenen langfristigen Übertragungsrechte. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass die langfristigen Übertragungsrechte, die der Registrierte Teilnehmer aufgrund der Beendigung nicht mehr nutzen darf, von der Vergabeplattform bei nachfolgenden Auktionen angeboten werden können und dass die Vergabeplattform für diese langfristigen Übertragungsrechte die Vergütung gemäß Artikel 48 nicht erstatten wird.

6. Sofern nicht anderweitig in diesem Artikel festgelegt, berührt die Beendigung einer Teilnahmevereinbarung nicht die vor der Beendigung entstandenen Rechte und Pflichten gemäß oder im Zusammenhang mit der Teilnahmevereinbarung und diesen Vergabevorschriften. Dementsprechend haftet jeder Registrierte Teilnehmer, dessen Teilnahmevereinbarung beendet wurde, gemäß und in Übereinstimmung mit diesen Vergabevorschriften für sämtliche solcher Rechte und Pflichten. Dieser Absatz berührt nicht die anderen Rechtsbehelfe, die der Vergabeplattform gemäß diesen Vergabevorschriften zustehen.

Artikel 73 **Höhere Gewalt**

- 1. Im Falle höherer Gewalt hat die davon betroffene Vergabeplattform bzw. der davon betroffene Registrierte Teilnehmer die andere Partei umgehend über die Art der höheren Gewalt sowie deren voraussichtliche Dauer in Kenntnis zu setzen und hat während des Andauerns der höheren Gewalt diesbezüglich in angemessenen Abständen Berichte zu übermitteln. Die von der höheren Gewalt betroffene Partei hat sich nach besten Kräften um die Begrenzung der Folgen der höheren Gewalt zu bemühen.
- 2. Die betreffenden Pflichten, Aufgaben und Rechte einer von höherer Gewalt betroffenen Partei werden ab Beginn der höheren Gewalt ausgesetzt; davon ausgenommen sind die Vertraulichkeitsbestimmungen gemäß Artikel 75.

3. Die Aussetzung gemäß Absatz 2 unterliegt folgenden Bestimmungen:
 - (a) Die Aussetzung ist nicht umfangreicher und dauert nicht länger an als entsprechend der höheren Gewalt erforderlich;
 - (b) die Aussetzung gilt nur so lange, wie die von der höheren Gewalt betroffene Partei angemessene Anstrengungen zur Heilung ihrer Erfüllungsunfähigkeit unternimmt.
4. Die Folgen von höherer Gewalt, die nicht Gegenstand einer Streitigkeit oder eines Rechtsstreits zwischen der Vergabeplattform und dem Registrierten Teilnehmer ist, sind die folgenden:
 - (a) Die von höherer Gewalt betroffene Partei ist nicht schadenersatzpflichtig für erlittenen Schaden, sofern dieser Schaden auf die Nichterfüllung oder teilweise Nichterfüllung aller oder einiger ihrer Pflichten während der Dauer der höheren Gewalt zurückzuführen ist und sofern die Nichterfüllung bzw. teilweise Nichterfüllung unmittelbar auf die höhere Gewalt zurückzuführen ist;
 - (b) für bereits bezahlte erworbene langfristige Übertragungsrechte, die von der höheren Gewalt betroffen sind, wird gemäß anwendbarem Recht und diesen Vergabevorschriften für die Dauer der höheren Gewalt eine Vergütung gezahlt; und
 - (c) sofern der Inhaber der langfristigen Übertragungsrechte die die höhere Gewalt geltend machende Partei ist, kann die Vergabeplattform zu eigenen Gunsten die langfristigen Übertragungsrechte des betreffenden Inhabers für die Dauer der höheren Gewalt für nachfolgende Auktionen neu vergeben.
5. Falls die höhere Gewalt für einen Zeitraum von über sechs (6) Monaten andauert, kann die Vergabeplattform bzw. können die einzelnen Registrierten Teilnehmer die Teilnahmevereinbarung durch Mitteilung an die andere Partei während der Dauer der höheren Gewalt nach Ablauf von sechs (6) Monaten einseitig beenden. Die Beendigung tritt zehn (10) Arbeitstage nach der Mitteilung bzw. zu einem etwaigen späteren in der Mitteilung genannten Datum in Kraft. Inhaber von langfristigen Übertragungsrechten, deren Teilnahmevereinbarung gemäß diesem Absatz beendet wird, sind nicht länger verpflichtet, die verbleibenden Teilzahlungen für die langfristigen Übertragungsrechte zu zahlen, und sie haben Anspruch auf eine Erstattung in dem Umfang, dass jede Teilzahlung einen Betrag für die Nutzung nach dem Beendigungsdatum enthält, wobei die Berechnung anteilmäßig ab dem Datum des Inkrafttretens der Beendigung erfolgt.
6. Zwecks Vermeidung von Unklarheiten gilt dieser Artikel unbeschadet der Bestimmungen in KAPITEL 9 zu den Kürzungen von langfristigen Übertragungsrechten.

Artikel 74 **Mitteilungen**

1. Jede Mitteilung oder anderweitige Korrespondenz gemäß oder im Zusammenhang mit diesen Vergabevorschriften hat auf Englisch zu erfolgen.
2. Sofern nicht ausdrücklich anderweitig in diesen Vergabevorschriften festgelegt, haben sämtliche Mitteilungen und sonstige Korrespondenz zwischen der Vergabeplattform und den einzelnen Registrierten Teilnehmern schriftlich zu erfolgen und sind an die E-Mail-Adresse bzw. ersatzweise die Faxnummer zu Händen des in der Teilnahmevereinbarung genannten oder vom Registrierten Teilnehmer von Zeit zu Zeit gemäß Artikel 9 mitgeteilten Vertreters der anderen Partei zu senden.
3. In folgenden Fällen sind sämtliche Mitteilungen und sonstige Korrespondenz persönlich gegen Empfangsbestätigung oder per Einschreiben oder Kurier zu senden:
 - (a) Abschluss der Teilnahmevereinbarung gemäß Artikel 6;
 - (b) Aussetzung und Beendigung gemäß Artikel 71 und Artikel 72; und
 - (c) Einreichung der Bankgarantie gemäß Artikel 21 Absatz 3.

4. Sämtliche Mitteilungen und anderweitige Korrespondenz gelten als empfangen:
 - (a) im Falle der persönlichen Zustellung, wenn gegen Empfangsbestätigung zugestellt; oder
 - (b) im Falle der Zustellung per vorfrankiertem Schreiben am Tag nach dem Datum, an dem die Zustellung registriert wurde; oder
 - (c) im Falle der Zustellung per Fax bei Empfangsbestätigung durch das Faxgerät an der Empfängeranschrift; oder
 - (d) im Falle der Zustellung per E-Mail, wenn der anderen Partei zugestellt, jedoch nur sofern von der versendenden Partei eine Empfangsbestätigung angefordert und erhalten wurde.
5. Wird eine Mitteilung oder anderweitige Korrespondenz außerhalb der normalen Arbeitszeit an einem Arbeitstag empfangen, gilt sie als zu Beginn des folgenden Arbeitstags empfangen.

Artikel 75 **Vertraulichkeit**

1. Die Teilnahmevereinbarung sowie sämtliche anderweitigen Informationen, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Vereinbarung und der Bewerbung eines Marktteilnehmers ausgetauscht werden, sind vertraulich zu behandeln.
2. Gemäß Absatz 3 dieses Artikels haben die Vergabeplattform und jeder Registrierte Teilnehmer, sofern sie vertrauliche Informationen im Zusammenhang mit diesen Vergabevorschriften erhalten, die Vertraulichkeit dieser Informationen zu wahren, und sie sind nicht berechtigt, die vertraulichen Informationen ganz oder teilweise zu anderen Zwecken als zu denen sie offengelegt wurden unmittelbar oder mittelbar zu enthüllen, zu melden, zu veröffentlichen, offenzulegen oder zu nutzen.
3. Unbeschadet des Absatzes 2 dieses Artikels kann die Vergabeplattform oder ein Registrierter Teilnehmer vertrauliche Informationen der offenlegenden Partei gegenüber Dritten offenlegen, sofern sie bzw. er die ausdrückliche schriftliche Zustimmung der anderen Partei erhalten hat, sowie unter der Maßgabe, dass die empfangende Partei sichergestellt hat, dass der betreffende Dritte durch Vertraulichkeitspflichten gebunden ist, die den in diesen Vergabevorschriften niedergelegten entsprechen und die von der anderen Partei unmittelbar durchgesetzt werden können.
4. Unbeschadet des Absatzes 2 dieses Artikels ist die Vergabeplattform oder ein Registrierter Teilnehmer wie folgt zur Offenlegung vertraulicher Informationen der offenlegenden Partei berechtigt:
 - (a) in dem ausdrücklich oder stillschweigend von diesen Vergabevorschriften vorgesehenen Umfang;
 - (b) gegenüber sämtlichen Personen, die Mitglied der Unternehmensführung, Funktionsträger, Mitarbeiter, Vertreter, Berater oder Versicherer des Empfängers sind oder die im Zusammenhang mit diesen Vergabevorschriften Kenntnis von den vertraulichen Informationen haben müssen;
 - (c) in dem Umfang, der zur Einhaltung des anwendbaren nationalen oder EU-Rechts, darunter die VERORDNUNG (EU) Nr. 1227/2011 und die VERORDNUNG (EU) Nr. 543/2013, oder anderer anwendbarer innerstaatlicher Verwaltungsvorschriften wie etwa Netzcodes erforderlich ist;
 - (d) soweit von einem Gericht, Schiedsrichter oder Verwaltungsgericht oder von einem Sachverständigen im Rahmen von Verfahren, in denen der Empfänger Partei ist, verlangt wird;
 - (e) wie von den zuständigen ÜNB zwecks ordnungsgemäßer Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten gemäß geltendem Recht und diesen Vergabevorschriften von ihnen selbst oder durch ihre Vertreter oder Berater verlangt; oder
 - (f) soweit erforderlich für die Einholung von Freigaben oder Genehmigungen von einer zuständigen Behörde.

5. Ferner gelten die Pflichten gemäß diesem Artikel nicht:
- (a) wenn die empfangene Partei nachweisen kann, dass diese Informationen zum Zeitpunkt der Offenlegung bereits öffentlich verfügbar waren;
 - (b) wenn die empfangene Partei nachweisen kann, dass die betreffenden Informationen seit dem Zeitpunkt der Offenlegung rechtmäßig von einer dritten Partei erhalten wurden oder öffentlich verfügbar geworden sind;
 - (c) für vertrauliche Informationen, die in Übereinstimmung mit den gesetzlichen und regulatorischen Bestimmungen in zusammengefasster Form kommuniziert werden, sodass sich daraus keinerlei Einzelinformationen zu einem bestimmten Marktteilnehmer ableiten lassen;
 - (d) für Informationen, deren Veröffentlichung gemäß den aktuellen Vergabevorschriften ausdrücklich vorgesehen ist.
6. Die Vertraulichkeitspflicht gemäß diesem Artikel gilt für eine Dauer von fünf (5) Jahren ab der Beendigung der Teilnahmevereinbarung des Registrierten Teilnehmers.
7. Die Unterzeichnung einer Teilnahmevereinbarung und der Austausch von vertraulichen Informationen begründen keinerlei Rechte an Patenten, Wissen oder anderen Formen geistigen Eigentums in Bezug auf Informationen oder Tools, die von einer Partei der anderen Partei gemäß den Bestimmungen dieser Vergabevorschriften verfügbar gemacht oder zugesandt wurden.

Artikel 76 **Übertragung und Untervertragsvergabe**

1. Die Vergabeplattform ist berechtigt, ihre Rechte oder Pflichten aus einer Teilnahmevereinbarung oder diesen Vergabevorschriften an eine andere Vergabeplattform abzutreten, von einer anderen Vergabeplattform übernehmen zu lassen oder anderweitig auf eine andere Vergabeplattform zu übertragen. Die Vergabeplattform setzt den Registrierten Teilnehmer über die Änderung in Kenntnis, indem sie ihm schnellstmöglich, in jedem Fall jedoch spätestens zehn (10) Arbeitstage vor Inkrafttreten der Änderung eine empfangsbestätigende E-Mail zusendet.
2. Unbeschadet des Artikels 41 ist ein registrierter Marktteilnehmer nicht berechtigt, seine Rechte oder Pflichten aus einer Teilnahmevereinbarung oder diesen Vergabevorschriften ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Vergabeplattform abzutreten, übernehmen zu lassen oder anderweitig zu übertragen.
3. Nichts in diesem Artikel hindert eine Vergabeplattform oder einen Registrierten Teilnehmer am Abschluss eines Untervertrags im Zusammenhang mit diesen Vergabevorschriften. Der Abschluss eines Untervertrags seitens eines Registrierten Teilnehmers entbindet den Registrierten Teilnehmer von keiner seiner Pflichten oder Haftungen gemäß seiner Teilnahmevereinbarung oder gemäß diesen Vergabevorschriften. Der Abschluss eines Untervertrags seitens der Vergabeplattform entbindet die Vergabeplattform von keiner ihrer Pflichten oder Haftungen gemäß diesen Vergabevorschriften.

Artikel 77 **Anwendbares Recht**

Die vorliegenden Vergabevorschriften unterliegen, sofern nicht anderweitig in der Teilnahmevereinbarung festgelegt, in jeder Hinsicht dem Recht des Ortes des eingetragenen Sitzes der Vergabeplattform und sind nach diesem Recht auszulegen.

Artikel 78 **Sprache**

Die maßgebliche Sprache dieser Vergabevorschriften ist das Englische. Zwecks Vermeidung von Unklarheiten gilt, dass, sofern ÜNB diese Vergabevorschriften in ihre Landessprache(n) übersetzen müssen, im Falle von Widersprüchlichkeiten zwischen der von der Vergabeplattform veröffentlichten

englischsprachigen Fassung und einer Fassung in einer anderen Sprache stets die von der Vergabeplattform veröffentlichte englischsprachige Fassung maßgeblich ist.

Artikel 79 **Geistiges Eigentum**

Keine der Parteien ist berechtigt, im Zusammenhang mit diesen Vergabevorschriften ein Recht, einen Titel, eine Lizenz oder ein Interesse an Rechten an geistigem Eigentum der anderen Partei zu erwerben.

Artikel 80 **Beziehung der Parteien**

1. Die Beziehung zwischen der Vergabeplattform und dem Registrierten Teilnehmer ist die zwischen Dienstleistungsgeber und Dienstleistungsnehmer. Außer wie ausdrücklich in diesen Vergabevorschriften vorgesehen, gilt nichts, was in diesen Vergabevorschriften ausdrücklich oder stillschweigend niedergelegt ist, und ist dies nicht auszulegen als Einsetzung der Vergabeplattform oder eines Registrierten Teilnehmers als Partner, Gehilfe oder gesetzlicher Vertreter der anderen Partei, gleich zu welchem Zweck, darin eingeschlossen die Übertragung von langfristigen Übertragungsrechten, und nichts, was in diesen Vergabevorschriften ausdrücklich oder stillschweigend niedergelegt ist, begründet oder ist auszulegen als eine Partnerschaft, ein Vertretungsverhältnis oder ein Treuhandverhältnis zwischen den Parteien.
2. Der Registrierte Teilnehmer erkennt an, dass weder die Vergabeplattform noch eine andere Person, die im Namen der Vergabeplattform auftritt oder mit ihr verbunden ist, hinsichtlich dieser Vergabevorschriften, der Teilnahmevereinbarungen oder vertraulicher Informationen oder anderweitig in Bezug auf oder im Zusammenhang mit diese(n) Vergabevorschriften, die/den Teilnahmevereinbarungen und die/den vertraulichen Informationen oder Transaktionen oder Vereinbarungen aufgrund dieser Vergabevorschriften in irgendeiner Form Zusicherungen, Empfehlungen oder Garantien abgibt oder Verpflichtungen eingeht, außer wie in diesen Vergabevorschriften oder in der Teilnahmevereinbarung ausdrücklich vorgesehen.

Artikel 81 **Ausschluss von Rechten Dritter**

Die Vergabeplattform und jeder Registrierte Teilnehmer erkennen an und stimmen zu, dass eine Person, die nicht Partei der Teilnahmevereinbarung zwischen ihnen ist, darin eingeschlossen jedwede anderen Marktteilnehmer, keinerlei Rechte hinsichtlich der Durchsetzung dieser Vergabevorschriften oder der zwischen der Vergabeplattform und dem betreffenden Registrierten Teilnehmer geltenden Teilnahmevereinbarung hat.

Artikel 82 **Verzichtsausschluss**

1. Die Nichtausübung oder die Verzögerung bei der Ausübung von gesetzlichen oder durch diese Vergabevorschriften begründeten Rechten, Befugnissen oder Rechtsbehelfen berührt nicht die grundsätzliche Ausübung solcher Rechte, Befugnisse oder Rechtsbehelfe und gilt nicht als grundsätzlicher Verzicht auf deren Ausübung. Die einzelne oder teilweise Ausübung solcher Rechte, Befugnisse oder Rechtsbehelfe berührt nicht deren weitere Ausübung oder die Ausübung anderer gesetzlicher oder durch diese Vergabevorschriften begründeter Rechte, Befugnisse oder Rechtsbehelfe und gilt nicht als grundsätzlicher Verzicht auf deren Ausübung.
2. Jeder Verzicht auf Rechte, Befugnisse oder Rechtsbehelfe gemäß diesen Vergabevorschriften hat schriftlich zu erfolgen und unterliegt den etwaigen vom den Verzicht Erklärenden an den Verzicht

geknüpften Bedingungen. Sofern nicht ausdrücklich anderweitig erklärt, gilt ein Verzicht ausschließlich für den konkreten Fall und zu dem Zweck, für den bzw. zu dem er erklärt wurde.

Artikel 83

Gesamte Vereinbarung

Diese Vergabevorschriften und die Teilnahmevereinbarung enthalten oder verweisen ausdrücklich auf die gesamte Vereinbarung zwischen der Vergabeplattform und den einzelnen Registrierten Teilnehmern in Bezug auf ihren Gegenstand, und sie schließen ausdrücklich jedwede durch geltendes Recht oder Brauch implizierte Garantie, Bedingung oder anderweitige Verpflichtung aus, und sie gehen sämtlichen diesbezüglichen vorherigen Vereinbarungen und Abreden zwischen der Vergabeplattform und den einzelnen Registrierten Teilnehmern vor. Die Vergabeplattform und sämtliche Registrierte Teilnehmer erkennen an und bestätigen, dass keine bzw. keiner von ihnen sich diesen Vergabevorschriften oder der Teilnahmevereinbarung im Verlassen auf eine Zusicherung, Garantie oder anderweitige Verpflichtung (ausgenommen betrügerisch abgegebene bzw. eingegangene), die nicht vollständig in diesen Vergabevorschriften oder der Teilnahmevereinbarung niedergelegt ist, unterwirft.

Artikel 84

Ausschließlichkeit der Rechtsbehelfe

Die der Vergabeplattform und den einzelnen Registrierten Teilnehmern durch diese Vergabevorschriften und die Teilnahmevereinbarung gewährten Rechte und Rechtsbehelfe sind ausschließlich und nicht kumulativ, und im gesetzlich zulässigen Umfang schließen sie sämtliche ausdrücklichen oder stillschweigenden und gesetzlichen oder kodifizierten materiellen Rechte bzw. Rechtsbehelfe (ausgenommen Verfahrensrechte bzw. -rechtsbehelfe) in Bezug auf den Gegenstand dieser Vergabevorschriften und der Teilnahmevereinbarung aus und ersetzen diese. Dementsprechend verzichten die Vergabeplattform und die einzelnen Registrierten Teilnehmer hiermit in vollem Umfang auf sämtliche dieser gesetzlichen oder kodifizierten Rechte und Rechtsbehelfe, und sie stellen einander im Falle der Haftung gegenüber der anderen Partei, deren Funktionsträgern, Mitarbeitern und Vertretern in selbigem Umfang frei von sämtlichen gesetzlichen oder kodifizierten Aufgaben, Haftungen, Verantwortlichkeiten oder Pflichten in Bezug auf den Gegenstand dieser Vergabevorschriften und der Teilnahmevereinbarung, und sie verpflichten sich, nichts des Genannten außer wie ausdrücklich hier niedergelegt durchzusetzen.

Artikel 85

Salvatorische Klausel

Für den Fall, dass eine oder mehrere der Bestimmungen dieser Vergabevorschriften oder einer Teilnahmevereinbarung von den zuständigen Gerichten unter anwendbarem Recht oder im Rahmen eines Schiedsverfahrens oder durch Anordnung einer zuständigen Behörde für ungültig, nicht durchsetzbar oder rechtswidrig erklärt wird bzw. werden, präjudiziert und berührt dies nicht die Gültigkeit, Durchsetzbarkeit und Rechtmäßigkeit der übrigen Bestimmungen dieser Vergabevorschriften bzw. der betreffenden Teilnahmevereinbarung, und diese Bestimmungen bleiben unvermindert in Kraft. Einzelne bzw. mehrere für ungültige, rechtswidrig und/oder nicht durchsetzbar erklärte Teile oder Bestimmungen werden durch gültige, rechtmäßige und/oder durchsetzbare Teile bzw. Bestimmungen ersetzt, die der ursprünglich beabsichtigten wirtschaftlichen und rechtlichen Wirkung entsprechen.